

Herzog  
Geldwäschegesetz



# Geldwäschegesetz (GwG)

Begründet von

**Prof. Dr. Felix Herzog**

Professor an der Universität Bremen

Fortgeführt von

**Dr. Steffen Barreto da Rosa**

München

und

**Prof. Dr. Mohamad El-Ghazi**

Universitätsprofessor an der Universität Trier

Bearbeitet von den Herausgebern und

**Dr. Olaf Achtelik**

Rechtsanwalt Berlin

**Antonia von Kruedener**

Berlin

**Dr. Bernadette Seehafer**

Brüssel

**Prof. Dr. Kilian Wegner**

Berlin/Halle (Saale)

6. Auflage 2026



Zitiervorschlag:  
Herzog/Barreto da Rosa/El-Ghazi/Bearbeiter GwG § 1 Rn. 1

**beck.de**

ISBN 978 3 406 83057 0

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH  
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza  
Umschlag: Druckerei C.H.Beck

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark



chbeck.de/nachhaltig  
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.  
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes  
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

## Vorwort zur 6. Auflage

Mit dem im April 2024 auf EU-Ebene beschlossenen EU-Geldwäschepaket schreitet die Harmonisierung der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung weiter voran. Bestandteil dieses Pakets sind ua die Richtlinie (EU) 2024/1640 (6. EU-Geldwäsche-RL) und die Verordnung (EU) 2024/1624 (EU-Geldwäsche-VO). Diese Regelwerke sind bereits im Juli 2024 in Kraft getreten und finden im Wesentlichen ab dem 10. Juli 2027 – bzw. die Richtlinie nach Umsetzung – in allen EU-Mitgliedstaaten Anwendung. Vor allem dieser Umbruch auf regulatorischer Ebene hat bei den bisherigen Herausgebern des vorliegenden Kommentars zum Entschluss geführt, einen Umbruch auch auf Herausgeberebene zu initiieren und die Verantwortung für das Werk in neue Hände zu geben. Prof. Dr. Felix Herzog und Olaf Achtelik haben sich nicht nur um dieses Werk, das schon nach wenigen Auflagen zum Standardkommentar des Geldwäscherechts in der Bundesrepublik erwachsen ist, verdient gemacht. Durch ihr Wirken haben die Kollegen auch einen Beitrag zum Fortkommen der Geldwäsche- und Terrorismusbekämpfung geleistet. Nicht ohne Grund zählen beide zu den angesehensten Experten des Geldwäscherechts.

Trotz der Übergabe in neue Herausgeberhände bleibt der Kommentar in der nunmehr 6. Auflage seinem Grundkonzept treu. Mit den beiden neuen Herausgebern Dr. Steffen Barreto da Rosa und Prof. Dr. Mohamad El-Ghazi vereint der Kommentar weiterhin die Kompetenzen aus Wissenschaft und Praxis: praxisnah mit wissenschaftlichem Anspruch!

Die neue 6. Auflage konnte nicht bis 2027 warten. Dafür ist der Regelungsbe- reich von einer zu starken Dynamik geprägt. Die vorliegende Neuauflage berücksichtigt zahlreiche Änderungen seit Erscheinen der 5. Auflage. Dazu zählen insbe- sondere die Anpassungen durch das Gesetz zur Stärkung der risikobasierten Arbeitsweise der FIU, das Finanzmarktdigitalisierungsgesetz, die MiCAR und die VO (EU) 2023/1113. Außerdem gibt die Neuauflage Ausblicke auf die Neurege- lungen nach dem EU-Geldwäschepaket.

Der Kommentar spiegelt den Stand der Gesetzgebung vom September 2025 wider.

Wir schätzen uns sehr glücklich mit der 6. Auflage nicht nur weiter auf Herrn Dr. Olaf Achtelik und Frau Dr. Bernadette Seehafer als Mitwirkende zählen zu können, sondern zudem eine weitere erfahrene Praktikerin, nämlich Frau Antonia von Kruedener, und einen weiteren Wissenschaftler, Herrn Prof. Dr. Kilian Weg- ner, im AutorenInnenteam begrüßen zu dürfen. Beide bereichern das Werk zusätzlich mit ihrer Expertise.

*Steffen Barreto da Rosa, München*

*Mohamad El-Ghazi, Trier*



# Inhaltsübersicht

Vorwort zur 6. Auflage .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	XIII
Abkürzungsverzeichnis .....	LXV

Einleitung ( <i>Barreto da Rosa/El-Ghazi</i> ) .....	1
--	---

## Kapitel 1

### Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG)

#### Abschnitt 1. Begriffsbestimmungen und Verpflichtete

§ 1 Begriffsbestimmungen ( <i>Figura/Seehafer</i> ) .....	73
§ 2 Verpflichtete, Verordnungsermächtigung ( <i>Wegner</i> ) .....	152
§ 3 Wirtschaftlich Berechtigter ( <i>Seehafer</i> ) .....	237
§ 3a Risikobasierter Ansatz, nationale Risikoanalyse ( <i>Wegner</i> ) .....	296

#### Abschnitt 2. Risikomanagement

§ 4 Risikomanagement ( <i>Wegner</i> ) .....	301
§ 5 Risikoanalyse ( <i>Wegner</i> ) .....	305
§ 6 Interne Sicherungsmaßnahmen ( <i>Wegner</i> ) .....	311
§ 7 Geldwäschebeauftragter ( <i>Wegner</i> ) .....	325
§ 8 Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht ( <i>Wegner</i> ) .....	332
§ 9 Gruppenweite Pflichten ( <i>Achtelik</i> ) .....	339

#### Abschnitt 3. Sorgfaltspflichten in Bezug auf Kunden

§ 10 Allgemeine Sorgfaltspflichten ( <i>Figura/von Kruedener</i> ) .....	357
§ 11 Identifizierung; Erhebung von Angaben zum Zweck der Identifizierung ( <i>Figura/von Kruedener</i> ) .....	426
§ 11a Verarbeitung personenbezogener Daten durch Verpflichtete ( <i>Figura/von Kruedener</i> ) .....	445
§ 12 Überprüfung von Angaben zum Zweck der Identifizierung, Verordnungsermächtigung ( <i>Figura/von Kruedener</i> ) .....	447
§ 13 Verfahren zur Überprüfung von Angaben zum Zweck der Identifizierung, Verordnungsermächtigung ( <i>Figura/von Kruedener</i> ) .....	468
§ 14 Vereinfachte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächtigung ( <i>Figura/von Kruedener</i> ) .....	473
§ 15 Verstärkte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächtigung ( <i>Achtelik</i> ) ..	482
§ 15a Verstärkte Sorgfaltspflichten bei der Übertragung von Kryptowerten von einer selbst gehosteten oder an eine selbst gehostete Adresse ( <i>von Kruedener</i> ) .....	530
§ 16 Besondere Vorschriften für das Glücksspiel im Internet ( <i>Achtelik</i> ) ..	535
§ 16a Verbot der Barzahlung beim Erwerb von Immobilien ( <i>von Kruedener</i> ) .....	547
§ 17 Ausführung der Sorgfaltspflichten durch Dritte, vertragliche Auslagerung ( <i>von Kruedener</i> ) .....	555

# Inhaltsübersicht

## Abschnitt 4. Transparenzregister

Vorbemerkung vor §§ 18–26a – Transparenzregister ( <i>Seehafer</i> ) .....	574
§ 18 Einrichtung des Transparenzregisters und registerführende Stelle ( <i>Seehafer</i> ) .....	586
§ 19 Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten ( <i>Seehafer</i> ) .....	595
§ 19a Angaben zu Immobilien ( <i>Seehafer</i> ) .....	604
§ 19b Erfassung und Zuordnung von Immobilien ( <i>Seehafer</i> ) .....	607
§ 20 Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Vereinigungen ( <i>Seehafer</i> ) .....	608
§ 20a Automatische Eintragung für Vereine ( <i>Seehafer</i> ) .....	631
§ 21 Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Rechtsgestaltungen ( <i>Seehafer</i> ) .....	635
§ 22 Zugängliche Dokumente und Datenübermittlung an das Transparenzregister, Verordnungsermächtigung ( <i>Seehafer</i> ) .....	646
§ 23 Einsichtnahme in das Transparenzregister, Verordnungsermächtigung ( <i>Seehafer</i> ) .....	649
§ 23a Meldung von Unstimmigkeiten an die registerführende Stelle ( <i>Seehafer</i> ) .....	669
§ 23b Meldung von Unstimmigkeiten bei der Zuordnung von Immobilien (noch nicht in Kraft) ( <i>Seehafer</i> ) .....	683
§ 24 Gebühren und Auslagen, Verordnungsermächtigung ( <i>Seehafer</i> ) .....	685
§ 25 Übertragung der Führung des Transparenzregisters, Verordnungsermächtigung ( <i>Seehafer</i> ) .....	690
§ 26 Europäisches System der Registervernetzung, Verordnungsermächtigung ( <i>Seehafer</i> ) .....	696
§ 26a Abruf durch bestimmte Behörden ( <i>Seehafer</i> ) .....	701

## Abschnitt 5. Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen

Vorbemerkungen vor §§ 27–42 – Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU) ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	705
§ 27 Zentrale Meldestelle ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	738
§ 28 Aufgaben, Aufsicht und Zusammenarbeit ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	744
§ 28a Unterrichtung des Deutschen Bundestages ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	768
§ 29 Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	770
§ 30 Analyse von Meldungen und Informationen ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	796
§ 31 Auskunftsrecht gegenüber inländischen öffentlichen Stellen, Datenzugriffsrecht, Verordnungsermächtigung ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	822
§ 32 Datenübermittlungsverpflichtung an inländische öffentliche Stellen ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	853
§ 32a Datenübermittlung an Europol ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	882
§ 33 Datenaustausch mit Mitgliedstaaten der Europäischen Union ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	888
§ 34 Informationsersuchen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	904
§ 35 Datenübermittlung im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	908

## Inhaltsübersicht

§ 36	Automatisierter Datenabgleich im europäischen Verbund ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	921
§ 37	Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung personenbezogener Daten aus automatisierter Verarbeitung und bei Speicherung in automatisierten Dateien ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	923
§ 38	Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Vernichtung personenbezogener Daten, die weder automatisiert verarbeitet werden noch in einer automatisierten Datei gespeichert sind ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	933
§ 38a	Protokollierung von Informationsersuchen, Statistik, Verordnungsermächtigung ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	937
§ 39	Errichtungsanordnung ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	940
§ 40	Sofortmaßnahmen ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	943
§ 41	Rückmeldung an Verpflichtete und Behörden ( <i>Barreto da Rosa</i> ) ....	959
§ 42	Benachrichtigung von inländischen öffentlichen Stellen an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen ( <i>Barreto da Rosa</i> ) ....	970

### Abschnitt 6. Pflichten im Zusammenhang mit Meldungen von Sachverhalten

§ 43	Meldepflicht von Verpflichteten, Verordnungsermächtigung ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	981
§ 44	Meldepflicht von Aufsichtsbehörden ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	1067
§ 45	Form der Meldung, Registrierungspflicht, Ausführung durch Dritte, Verordnungsermächtigung ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	1072
§ 46	Durchführung von Transaktionen ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	1087
§ 47	Verbot der Informationsweitergabe, Verordnungsermächtigung ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	1109
§ 48	Freistellung von der Verantwortlichkeit ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	1127
§ 49	Informationszugang und Schutz der meldenden Beschäftigten ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	1136

### Abschnitt 7. Aufsicht, Zusammenarbeit, Bußgeldvorschriften, Datenschutz

§ 50	Zuständige Aufsichtsbehörde ( <i>Achtelik</i> ) .....	1148
§ 51	Aufsicht ( <i>Achtelik</i> ) .....	1155
§ 51a	Verarbeitung personenbezogener Daten durch Aufsichtsbehörden ( <i>Achtelik</i> ) .....	1171
§ 52	Mitwirkungspflichten ( <i>Achtelik</i> ) .....	1174
§ 53	Hinweise auf Verstöße ( <i>El-Ghazi</i> ) .....	1180
§ 54	Verschwiegenheitspflicht ( <i>El-Ghazi</i> ) .....	1186
§ 55	Zusammenarbeit mit anderen Behörden ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	1190
§ 56	Bußgeldvorschriften, Verordnungsermächtigung ( <i>Barreto da Rosa</i> ) ..	1208
§ 57	Bekanntmachung von bestandskräftigen Maßnahmen und von unanfechtbaren Bußgeldentscheidungen ( <i>El-Ghazi</i> ) .....	1273
§ 58	(aufgehoben) ( <i>El-Ghazi</i> ) .....	1280
§ 59	Übergangsregelung ( <i>El-Ghazi</i> ) .....	1280
Anlage 1	.....	1286
Anlage 2	.....	1287

# Inhaltsübersicht

## Kapitel 2

### Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG)

§ 6a	Besondere Aufgaben ( <i>Achtelik</i> )	1289
§ 24c	Automatisierter Abruf von Kontoinformationen ( <i>Achtelik</i> )	1304
§ 25g	Einhaltung der besonderen organisatorischen Pflichten im bargeldlosen Zahlungsverkehr ( <i>Achtelik</i> )	1326
§ 25h	Interne Sicherungsmaßnahmen ( <i>Achtelik</i> )	1367
§ 25i	Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf E-Geld ( <i>Achtelik</i> )	1401
§ 25j	Zeitpunkt der Identitätsüberprüfung ( <i>Achtelik</i> )	1409
§ 25k	Verstärkte Sorgfaltspflichten ( <i>Achtelik</i> )	1412
§ 25l	Geldwäscherechtliche Pflichten für Finanzholding-Gesellschaften ( <i>Achtelik</i> )	1416
§ 25m	Verbotene Geschäfte ( <i>Achtelik</i> )	1417

## Kapitel 3

Geldwäscherechtliche Pflichten im Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz (ZAG) ( <i>Achtelik</i> )	1421
Geldwäscherechtliche Pflichten im Wertpapierinstitutsgesetz (WpIG) ( <i>Achtelik</i> )	1435

## Kapitel 4

### Strafgesetzbuch (StGB)

§ 89c	Terrorismusfinanzierung ( <i>El-Ghazi</i> )	1447
§ 261	Geldwäsche ( <i>El-Ghazi</i> )	1472

## Kapitel 5

### Verordnung zu den nach dem Geldwäschegesetz meldepflichtigen Sachverhalten im Immobilienbereich (Geldwäschegesetzmeldepflichtverordnung-Immobilien – GwGMeldV-Immobilien)

Einleitung ( <i>Barreto da Rosa</i> )	1573	
Eingangsformel ( <i>Barreto da Rosa</i> )	1579	
§ 1	Regelungsbereich ( <i>Barreto da Rosa</i> )	1579
§ 2	Begriffsbestimmungen ( <i>Barreto da Rosa</i> )	1584
§ 3	Meldepflichten wegen eines Bezugs zu Risikostaaaten oder Sanktionslisten ( <i>Barreto da Rosa</i> )	1585
§ 4	Meldepflichten wegen Auffälligkeiten im Zusammenhang mit den beteiligten Personen oder dem wirtschaftlich Berechtigten ( <i>Barreto da Rosa</i> )	1590
§ 5	Meldepflichten wegen Auffälligkeiten im Zusammenhang mit Stellvertretung ( <i>Barreto da Rosa</i> )	1600
§ 6	Meldepflichten wegen Auffälligkeiten im Zusammenhang mit dem Preis oder einer Kauf- oder Zahlungsmodalität ( <i>Barreto da Rosa</i> )	1603
§ 7	Ausnahme von der Meldepflicht ( <i>Barreto da Rosa</i> )	1619
§ 8	Inkrafttreten ( <i>Barreto da Rosa</i> )	1622

## Kapitel 6

### **Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz – VAG)**

§ 52	Verpflichtete Unternehmen ( <i>Achtelik</i> ) .....	1623
§ 53	Interne Sicherungsmaßnahmen ( <i>Achtelik</i> ) .....	1627
§ 54	Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf den Bezugsberechtig- ten ( <i>Achtelik</i> ) .....	1631
§ 55	Verstärkte Sorgfaltspflichten ( <i>Achtelik</i> ) .....	1636

## Kapitel 7

### **Verordnung über die Form von und die erforderlichen Angaben in Meldungen an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen nach § 43 Absatz 1 und § 44 des Geldwäschegesetzes (GwG-Meldeverordnung – GwGMeldV)**

Vorbemerkungen ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	1641
§ 1 Anwendungsbereich ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	1645
§ 2 Form elektronischer Meldungen ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	1646
§ 3 Erforderliche Angaben in Meldungen ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	1649
§ 4 Technische Verfahren zur Überprüfung von Meldun- gen ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	1660
§ 5 Inkrafttreten ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	1661
Anlage (zu § 3 Absatz 3) ( <i>Barreto da Rosa</i> ) .....	1662
<b>Sachregister</b> .....	1673



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 6. Auflage .....	S.
Inhaltsübersicht .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	VII
	LXV

## Einleitung

	Rn.
I. Geldwäsche – Begriffe, Modelle, Erscheinungsformen und Normen .....	1
1. Verwendung des Begriffs im allgemeinen Sprachgebrauch .....	1
2. Begriff der Geldwäsche in der Kriminologie .....	3
3. Modelle der Geldwäsche .....	5
a) Überblick der Modelle .....	6
b) Das herrschende Drei-Phasen-Modell .....	7
4. Erscheinungsformen der Geldwäsche – ausgewählte Beispiele .....	12
a) Fingierte Firmen und Geschäfte .....	12
b) Nutzung von „gatekeeper“-Berufsgruppen/Strohpersonen .....	19
c) „Offshore“-Finanzplätze .....	24
d) Informelle Geldtransfersysteme (Hawala uÄ) .....	27
e) Intransparente geschäftliche Organisationsformen .....	38
f) Schnittmengen von Geldwäsche und Steuerkriminalität .....	43
g) Immobilien, Kunst und Luxusgüter .....	45
h) Versicherungspolizen und Finanzmarktprodukte .....	52
i) Neue Zahlungsmethoden/Kryptowerte .....	54
5. Typologien verdächtiger Transaktionen und Geschäfte .....	57
6. Konzepte der Geldwäschebekämpfung im internationalen Kontext .....	60
a) Vereinte Nationen .....	61
b) Gruppe der Sieben (G-7) bzw. der Acht (G-8) .....	62
c) Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF) .....	63
d) Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) .....	75
e) Wolfsberg Group .....	76
f) Europarat .....	77
g) IWF und Weltbank .....	78
h) Europol und Interpol .....	79
i) Europäische Union und Umsetzung im deutschen Recht .....	81
7. Die strafrechtliche Dimension – der Geldwäschetatbestand des § 261 StGB .....	99
II. Gesellschaftliche und ökonomische Gefahren von profitorientierter Kriminalität und „schmutzigem“ Geld .....	103

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
1. Erkenntnisse über die Betätigungsfelder und Strukturen profitorientierter Kriminalität – OK .....	103
2. Investitionsverhalten .....	105
3. Volkswirtschaftliche Auswirkungen .....	106
4. Paradoxon: Der Boom der AML-Industrie .....	107
III. Geldwäsche als Kriminalität der Mächtigen; politisch exponierte Personen .....	109
1. Kleptokratien .....	109
2. Korruption .....	112
3. Politisch exponierte Personen (PEP) .....	118
IV. Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung .....	123
1. Politischer Kontext 9/11 .....	123
2. Terrorismus – Probleme der Begriffsdefinition und Zuordnung von Phänomenen .....	127
3. Volumen und Erscheinungsformen der Terrorismusfinanzierung .....	130
4. „Kosten“ von terroristischen Aktivitäten .....	134
V. Die Entwicklung der Geldwäschebekämpfung vom rule based zum risk based approach .....	136
VI. Geldwäschebekämpfung als Teil einer expandierenden Sicherheitsarchitektur .....	143

## Kapitel 1

### Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG)

#### Abschnitt 1. Begriffsbestimmungen und Verpflichtete

##### § 1 Begriffsbestimmungen

I. Allgemeines .....	1
II. Geldwäsche (Abs. 1) .....	10
1. Entstehungsgeschichte; Verhältnis zur unionsrechtlichen Vorgabe; Verhältnis zu kriminologischen Geldwäschemodellen .....	11
2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	16
3. Verwendungszusammenhänge .....	21
4. Begriffsinhalt der Geldwäsche iSd Abs. 1 .....	26
a) Geldwäsche im Sinne des GwG: Verwirklichung des objektiven Tatbestands des § 261 StGB .....	26
b) Geldwäsche im Sinne des GwG: Ort der Tathandlung irrelevant .....	32
c) Geldwäsche im Sinne des GwG: Auslandsvortaten, Erfordernis der Tatortstrafbarkeit .....	34
5. Die Feststellung von Geldwäsche iSd Abs. 1 durch den Rechtsanwender .....	36
a) Anwendung von GwG-Normen: Maßgeblichkeit des Geldwäscherisikos .....	37
b) Feststellung eines Geldwäscherisikos durch Behörden .....	38
c) Feststellung eines Geldwäscherisikos durch Verpflichtete .....	41

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
d) Vortatherkunft und Geldwäscherisiko im Rahmen des § 43 .....	42
III. Terrorismusfinanzierung (Abs. 2) .....	44
1. Entstehungsgeschichte, Verhältnis zur unionsrechtlichen Vorgabe .....	45
2. Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO .....	48
3. Verwendungszusammenhänge .....	50
4. Begriffsinhalt der Terrorismusfinanzierung im Sinne des Abs. 2 .....	52
a) Terrorismusfinanzierung im Sinne des Abs. 2 Nr. 2 (§ 89c StGB) .....	52
b) Terrorismusfinanzierung im Sinne des Abs. 2 Nr. 1 ...	60
c) Terrorismusfinanzierung im Sinne des Abs. 2 Nr. 3 (Anstiftung und Beihilfe) .....	79
5. Die Feststellung von Terrorismusfinanzierung im Sinne des Abs. 2 durch den Rechtsanwender .....	82
IV. Identifizieren (Abs. 3) .....	85
V. Geschäftsbeziehung (Abs. 4) .....	91
1. Gewerbliche oder berufliche Aktivitäten der Verpflichteten .....	92
2. Auf eine gewisse Dauer angelegt .....	93
3. Verhältnis zu § 154 Abs. 2 AO .....	95
VI. Transaktion (Abs. 5) .....	99
VII. Trust (Abs. 6) .....	104
1. Entstehungsgeschichte .....	105
2. Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO .....	106
3. Verwendungszusammenhänge .....	107
4. Verhältnis zu ähnlichen Begriffen im Kontext fiduziarischer Rechtsgestaltungen .....	108
a) Normativer Befund .....	108
b) Auslegung vor dem unionsrechtlichen Hintergrund ..	109
c) Begriffssystematik des GwG und Vorschlag zur Terminologie .....	112
5. Trust nach § 1 Abs. 6 S. 1: Trusts anglo-amerikanischer Gründungsrechtsordnung .....	115
6. Trust nach § 1 Abs. 6 S. 2: Trustnachbildungen .....	119
7. Trustähnliche Rechtsgestaltungen (sonstige Rechtsgestaltungen im Sinne des § 21) .....	122
a) Erfassung vom Trustbegriff nach § 1 Abs. 6? .....	123
b) Die nicht-rechtsfähige Stiftung als idealtypische trustähnliche Rechtsgestaltung des deutschen Rechts .....	125
c) Weitere trustähnliche Rechtsgestaltungen .....	129
d) Liste der KOM nach Art. 31 Abs. 10 .....	136
e) Einzelfälle der Trustähnlichkeit bei ausländischen Rechtsformen .....	137
VIII. Vermögensgegenstand (Abs. 7) .....	140
IX. Immobilien (Abs. 7a) .....	142
X. Glücksspiele im Internet (Abs. 8) .....	143

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
XI. Güterhändler (Abs. 9) .....	148
XII. Hochwertige Güter (Abs. 10) .....	151
XIII. Immobilienmakler (Abs. 11) .....	153
XIV. Politisch exponierte Personen (Abs. 12) .....	156
XV. Familienmitglied (Abs. 13) .....	158
XVI. Bekanntermaßen nahestehende Person (Abs. 14) .....	160
XVII. Mitglied der Führungsebene (Abs. 15) .....	161
XVIII. Gruppe (Abs. 16) .....	162
XIX. Drittstaat (Abs. 17) .....	164
XX. E-Geld (Abs. 18) .....	165
XXI. Aufsichtsbehörde (Abs. 19) .....	172
XXII. Zuverlässigkeit eines Mitarbeiters (Abs. 20) .....	173
XXIII. Korrespondenzbeziehung (Abs. 21) .....	175
XXIV. Bank-Mantelgesellschaft (Abs. 22) .....	178
XXV. Kunstvermittler und Kunstlagerhalter (Abs. 23) .....	179
XXVI. Finanzunternehmen (Abs. 24) .....	181
XXVII. Mutterunternehmen (Abs. 25) .....	188
XXVIII. Finanzinformationen (Abs. 26) .....	189
XXIX. Finanzanalyse (Abs. 27) .....	190
XXX. Bezeichnung von Richtlinien und Verordnung (Abs. 28) .....	191
XXXI. Kryptowerte (Abs. 29) .....	192
XXXII. Kryptowertetransfer (Abs. 30) .....	193
XXXIII. Anbieter von Kryptowerte-Dienstleistungen (Abs. 31) .....	194
XXXIV. Emittenten vermögenswertreferenzierter Token (Abs. 32) .....	195
XXXV. Selbst gehostete Adresse (Abs. 33) .....	196

## § 2 Verpflichtete, Verordnungsermächtigung

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	2d
III. Kreditinstitute (Abs. 1 Nr. 1) .....	3
1. Begriff der Kreditinstitute im Sinne des GwG .....	3
2. Kreditinstitute im Sinne von § 1 Abs. 1 KWG .....	10
a) Einlagengeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 KWG) .....	14
b) Pfandbriefgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 1a KWG) .....	15
c) Kreditgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 KWG) .....	16
d) Diskontgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 KWG) .....	17
e) Finanzkommissionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 KWG) .....	18
f) Depotgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 KWG) .....	19
g) Tätigkeit als Zentralverwahrer (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 6 KWG) .....	20
h) Revolvinggeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 7 KWG) .....	21
i) Garantieggeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 8 KWG) .....	22
j) Scheck- und Wechseleinzugsgeschäft, Reisescheckgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 9 KWG) .....	23
k) Emissionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 10 KWG) .....	24
l) Tätigkeit als zentrale Gegenpartei im Sinne von § 1 Abs. 31 KWG (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 12 KWG) .....	25

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
IV. Finanzdienstleistungsinstitute (Abs. 1 Nr. 2) .....	26
1. Begriff der Finanzdienstleistungsinstitute im Sinne des GwG .....	26
2. Finanzdienstleistungsinstitute im Sinne von § 1 Abs. 1a KWG .....	28
a) Anlagevermittlung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 1 KWG) .....	33
b) Anlageberatung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 1a KWG) .....	34
c) Betrieb eines multilateralen Handelssystems (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 1b KWG) und Betrieb eines organi- sierten Handelssystems (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 1d KWG) .....	37
d) Platzierungsgeschäft (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 1c KWG) ..	39
e) Abschlussvermittlung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 2 KWG) ..	40
f) Finanzportfolioverwaltung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 3 KWG) .....	41
g) Eigenhandel (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 4 KWG) .....	42
h) Drittstaateneinlagenvermittlung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 5 KWG) .....	43
i) Finanztransfergeschäft (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 6 KWG aF) und Kryptoverwahrgeschäft (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 6 KWG nF) .....	44
j) Sortengeschäft (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 7 KWG) .....	49
k) Kryptowertpapierregisterführung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 8 KWG) .....	50
l) Factoring (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 9 KWG) .....	52
m) Finanzierungsleasing (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 10 KWG) .	59
n) Anlageverwaltung (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 11 KWG) ....	65
o) Eingeschränktes Verwahrgeschäft (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 12 KWG) .....	69
3. Wertpapierinstitute nach § 2 Abs. 1 WpIG und im Inland gelegene Niederlassungen vergleichbarer Unternehmen mit Sitz im Ausland .....	70
V. Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute nach § 1 Abs. 3 ZAG (Abs. 1 Nr. 3) .....	72
1. Institutsbegriff iSd § 1 Abs. 3 ZAG .....	72
2. Zahlungsinstitute iSv § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 ZAG .....	75
a) Ein- und Auszahlungsgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 und 2 ZAG) .....	77
b) Zahlungsgeschäft ohne Kreditgewährung (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 ZAG) .....	79
c) Zahlungsgeschäft mit Kreditgewährung (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 ZAG) .....	85
d) Akquisitionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 ZAG) .....	86
e) Finanztransfergeschäft (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 6 ZAG) ....	90
f) Zahlungsauslöse- und Kontoinformationsdienste (§ 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 7 und 8 ZAG) .....	95
3. E-Geld-Institute iSv § 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 iVm Abs. 2 S. 1 Nr. 1 ZAG .....	97

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
VI. Agenten und E-Geld-Agenten iSd § 1 Abs. 9 und § 1 Abs. 10 ZAG (Abs. 1 Nr. 4) .....	99
VII. Selbstständige Gewerbetreibende (Abs. 1 Nr. 5) .....	106
VIII. Finanzunternehmen (Abs. 1 Nr. 6) .....	114
1. Begriff .....	114
2. Geschäftsaktivitäten .....	115
IX. Versicherungsunternehmen (Abs. 1 Nr. 7) .....	123
1. Fallgestaltungen .....	124
2. Produkte .....	126
3. Anwendungsbereich .....	130
4. §§ 52 ff. VAG .....	134
X. Versicherungsvermittler (Abs. 1 Nr. 8) .....	137
XI. (Kapital-)verwaltungsgesellschaften (Abs. 1 Nr. 9) .....	144
XII. Rechtsanwälte, Kammerrechtsbeistände, Patentanwälte sowie Notare (Abs. 1 Nr. 10) .....	148
XIII. Nicht verkammerte Rechtsbeistände und registrierte Personen iSv § 10 RDG (Abs. 1 Nr. 11) .....	161
XIV. Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Dienstleister in Steuerangelegenheiten (Abs. 1 Nr. 12) .....	167
XV. Dienstleister für Gesellschaften und Treuhandvermögen und Treuhänder (Abs. 1 Nr. 13) .....	174
XVI. Immobilienmakler (Abs. 1 Nr. 14) .....	177
XVII. Veranstalter und Vermittler von Glücksspiel (Abs. 1 Nr. 15) .....	182
XVIII. Güterhändler, Kunstvermittler und Kunstlagerhalter (Abs. 1 Nr. 16) .....	190
XIX. Verordnungsermächtigung (Abs. 2) .....	194
XX. Versteigerungen der öffentlichen Hand (Abs. 3 und 4) .....	196

## § 3 Wirtschaftlich Berechtigter

A. Allgemeines .....	1
I. Überblick .....	1
II. Ratio Legis .....	2
III. Entstehungsgeschichte, Verhältnis zur unionsrechtlichen Vorgabe .....	3
IV. Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO .....	5
V. Verwendungszusammenhänge .....	6
VI. Auslegungsgrundlagen .....	7
1. Die Funktion von Vorderpersonkonstruktionen bei Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Sanktions- umgehung .....	8
2. Schaffung von Steuerungsfähigkeit und/oder vermögensmäßiger Berechtigung .....	18
B. Grundtatbestand der strukturellen wirtschaftlichen Berechtigung (Abs. 1 S. 1 Nr. 1) .....	21
I. Normfunktion .....	22
1. In der Rechtsanwendung .....	22

	Rn.
2. Dogmatische Funktion: Alternativität von Kontrolle oder Eigentum .....	24
II. Personeller Anwendungsbereich (Vorderpersonen) .....	25
1. Juristische Personen des Privatrechts und Personengesellschaften .....	26
2. Unterstaatliche juristische Personen des öffentlichen Rechts .....	37
3. Fiduziarische Rechtsgestaltungen .....	39
III. Der Einbindungstatbestand der Kontrolle (Abs. 1 S. 1 Nr. 1 Alt. 2) .....	44
1. Begriffsinhalt .....	44
2. Verhältnis zum konzernrechtlichen Begriff des beherrschenden Einflusses .....	45
3. Rechtliche und faktische Fundierung von Kontrolle ..	48
4. Einzelfälle .....	51
IV. Der Einbindungstatbestand des Eigentums (Abs. 1 S. 1 Nr. 1 Alt. 1) .....	54
1. Begriffsinhalt .....	54
2. Rechtliche Fundierung zwingend .....	59
3. Erfordernis einer Signifikanzschwelle (25 %) .....	60
4. Einzelfälle .....	61
V. Wirtschaftlich Berechtigter: Natürliche Person, Letztberechtigung .....	63
1. Natürliche Person .....	63
2. Letztberechtigung .....	64
C. Vermutung der strukturellen wirtschaftlichen Berechtigung an mitgliedschaftlichen nicht-natürlichen Personen (Abs. 2) .....	65
I. Normstruktur .....	67
II. Personeller Anwendungsbereich (Vorderpersonen) .....	72
1. Mitgliedschaftlich organisierte nicht-natürliche Person .....	73
2. Ausnahme für börsennotierte Gesellschaften .....	75
III. Strukturelle wirtschaftliche Berechtigung kraft Stimmrechtskontrolle > 25 % (Abs. 2 S. 1 Nr. 2, S. 2–4) .....	80
1. Personeller Anwendungsbereich: Mehrheitsprinzip im relevanten Gremium der Vorderperson .....	81
2. Ratio der Anknüpfung an den Schwellenwert von 25 % .....	84
3. Begriff der Stimmrechtskontrolle und Verwirklichungsformen der Nr. 2 .....	85
4. Bestimmung der Stimmrechtsanteile auf erster Beteiligungsebene und weitere Prüfung .....	87
5. Kontrollvermittlung aufgrund Vertrags oder Gesetzes ..	97
6. Kontrollvermittlung auf organisationsrechtlicher Basis ..	123
IV. Strukturelle wirtschaftliche Berechtigung kraft vergleichbarer Kontrolle (Abs. 2 S. 1 Nr. 3, S. 2–4) .....	149
1. Personeller Anwendungsbereich (Vorderpersonen) ....	150
2. Begriff der vergleichbaren Kontrolle und Verwirklichungsformen der Nr. 3 .....	151

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
3. Unmittelbare Kontrolle auf vergleichbare Weise .....	154
4. Kontrollvermittlung .....	171
5. Konkurrenzverhältnis der Kontrolle iSd Nr. 3 zur Stimmrechtskontrolle iSd Nr. 2 .....	175
V. Strukturelle wirtschaftliche Berechtigung kraft Kapitalan- teilseigentums (Abs. 2 S. 1 Nr. 1) .....	178
1. Personeller Anwendungsbereich .....	179
2. Begriff des Kapitalanteils und Verwirklichungsalternati- ven .....	180
3. Unmittelbares Halten von Kapitalanteilen, Berechnung des Anteils .....	185
4. Mittelbares Halten von Kapitalanteilen, Eigentumsver- mittlung, Berechnung des Anteils .....	187
VI. Hilfsweise: Geschäftsführungsorganpersonen als fiktive wirt- schaftlich Berechtigte (Abs. 2 S. 5) .....	196
1. Personeller Anwendungsbereich (Vorderpersonen) ....	197
2. Anwendungszusammenhänge .....	199
3. Anwendungsvoraussetzung: Abschluss risikoadäquater Prüfungen ohne Feststellung eines tatsächlichen struk- turellen wirtschaftlich Berechtigten .....	200
4. Abwesenheit von Tatsachen nach § 43 .....	205
5. Rechtsfolge: Geschäftsführungsorganpersonen als fik- tive wirtschaftliche Berechtigte .....	206
D. Vermutung der strukturellen wirtschaftlichen Berechtigung an fiduziarischen Rechtsgestaltungen und rechtsfähigen Stiftungen (Abs. 3) .....	208
I. Personeller Anwendungsbereich (Vorderpersonen) .....	209
1. Rechtsfähige Stiftungen .....	209
2. Fiduziarische Rechtsgestaltungen .....	210
II. Ratio der Anknüpfung der Vermutungsregelung an die Beteiligtenrollen, Normstruktur .....	211
III. Rollenbasierte Vermutungstatbestände .....	215
1. Trustee, Settlor, Protector (Abs. 3 Nr. 1) .....	216
2. Vorstand der Stiftung (Abs. 3 Nr. 2) .....	219
3. Begünstigter (Abs. 3 Nr. 3) .....	220
4. Gruppe der künftigen Begünstigten (Abs. 3 Nr. 4) ....	223
IV. Mittelbare Verwirklichung der rollenbasierten Vermutungs- regelungen (§ 3 Abs. 3 Nr. 6) .....	226
1. Mittelbare Verwirklichung bei Nr. 1, Nr. 2 (typisierte Kontrolle) .....	227
2. Mittelbare Verwirklichung bei Nr. 3 (typisiertes Eigen- tum) .....	232
V. Auffangtatbestand: Unmittelbarer und mittelbarer sonstiger „beherrschender Einfluss“ auf Verwaltung und Ertragsvertei- lung (Nr. 5) .....	234
1. Sonstiger beherrschender Einfluss auf Verwaltung und Ertragsverteilung: Erfordernis erweiternder Auslegung iSv Kontrolle .....	235

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
2. Unmittelbare sonstige Kontrolle .....	236
3. Mittelbare sonstige Kontrolle .....	239
E. Grundtatbestand und Konkretisierung der transaktionsbezogenen wirtschaftlichen Berechtigung (Abs. 1 Nr. 2, Abs. 4) .....	245
I. Verwendungszusammenhänge .....	246
II. Verhältnis der transaktionsbezogenen zur strukturellen wirtschaftlichen Berechtigung nach Abs. 1 S. 1 Nr. 1 .....	247
III. Personeller Anwendungsbereich (Vorderpersonen) .....	250
IV. Wirtschaftlich Berechtigter: Natürliche Person, Letztveranlasser .....	251
V. Gegenstand der Veranlassung: Geschäftsbeziehung, Transaktion .....	253
VI. Veranlassung .....	256
1. Begriff der Veranlassung iSd Abs. 1 S. 1 Nr. 2 .....	256
2. Insbesondere: Veranlassung durch Treuhandverhältnis (Abs. 4 S. 2) .....	259
VII. Mittelbare Veranlassung .....	263
 <b>§ 3a Risikobasierter Ansatz, nationale Risikoanalyse</b>	
I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	2
III. Risikobasierter Ansatz (Abs. 1) .....	3
IV. Risikoanalysen (Abs. 2) .....	7
 <b>Abschnitt 2. Risikomanagement</b>	
<b>§ 4 Risikomanagement</b>	
I. Allgemeines/Novellierung von Abs. 4 und 5 .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	2
III. Risikomanagement (§ 4 Abs. 1, § 4 Abs. 2) .....	3
1. Wirksamkeit des Risikomanagements .....	4
2. Angemessenheit des Risikomanagements .....	8
IV. Verantwortlichkeit der Leitungsebene, Abs. 3 .....	9
 <b>§ 5 Risikoanalyse</b>	
I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	6
III. Ermittlung und Bewertung von Risiken (§ 5 Abs. 1) .....	7
1. Risikofaktoren (§ 5 Abs. 1 S. 2) .....	9
2. Berücksichtigung der Informationen aus der nationalen Risikoanalyse und aus vergleichbaren Quellen (§ 5 Abs. 1 S. 2) .....	14
3. Aufbau und Umfang der Risikoanalyse (§ 5 Abs. 1 S. 3) ...	15
IV. Pflichten in Bezug auf die Risikoanalyse .....	16
1. Dokumentationspflicht (§ 5 Abs. 2 Nr. 1) .....	17
a) Anwendungsbereich .....	18
b) Umfang der Dokumentationspflicht .....	19
2. Überprüfung und Aktualisierung (§ 5 Abs. 2 Nr. 2) .....	20
V. Befreiung von der Dokumentationspflicht (§ 5 Abs. 4) .....	21

# Inhaltsverzeichnis

Rn.

## § 6 Interne Sicherungsmaßnahmen

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	3
III. Interne Sicherungsmaßnahmen (Abs. 2) .....	4
1. Ausarbeitung interner Grundsätze, Verfahren und Kontrollen (Abs. 2 Nr. 1) .....	5
2. Geldwäschebeauftragter nach § 7 (Abs. 2 Nr. 2) .....	7
3. Gruppenweite Verfahren nach § 9 (Abs. 2 Nr. 3) .....	9
4. Verhinderung des Missbrauchs neuer Technologien (Abs. 2 Nr. 4) .....	10
5. Zuverlässigkeitsprüfung (Abs. 2 Nr. 5) .....	12
6. Unterrichtungspflicht (Abs. 2 Nr. 6) .....	14
7. Unabhängige Prüfung (Abs. 2 Nr. 7) .....	19
IV. Besondere Anforderungen an Glückspielbetriebe und -Vermittler (Abs. 4) .....	20
V. Besondere Anforderungen an Kryptowerte-Dienstleister (Abs. 4a) .....	22
VI. Vertraulichkeit der Identität bei Meldung von Verdachtsfällen (Abs. 5) .....	23
VII. Vorkehrungen zur Auskunftserteilung (Abs. 6) .....	24
VIII. Durchführung durch einen Dritten (Abs. 7) .....	26
IX. Ermächtigung der Aufsichtsbehörde im Einzelfall (Abs. 8 und 9) .....	30

## § 7 Geldwäschebeauftragter

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	6a
III. Befreiung von der Pflicht zur Bestellung eines Geldwäschebeauftragten (Abs. 2) .....	7
IV. Ermächtigung der Aufsichtsbehörden (Abs. 3) .....	9
V. Bestellung und Entpflichtung (Abs. 4) .....	10
VI. Pflichten, Kompetenzen und Ausstattung des Geldwäschebeauftragten (Abs. 5) .....	13
VII. Umgang mit Daten und Informationen (Abs. 6) .....	20
VIII. Der Geldwäschebeauftragte als Arbeitnehmer (Abs. 7) .....	21

## § 8 Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht

I. Allgemeines .....	1
1. Überblick .....	1
2. Ratio der Aufbewahrungspflicht .....	2
3. Anwendungsbereich .....	3
4. Umfang der Aufzeichnungspflicht .....	4
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	9
III. Art der Aufzeichnung von Identitätsnachweisen des Vertragspartners, für diesen auftretender Personen oder wirtschaftlich Berechtigter (Abs. 2) .....	10
IV. Digitale Speicherung (Abs. 3) .....	13
V. Aufbewahrungsfrist und Vernichtung (Abs. 4) .....	18
VI. Vorlage bei einer öffentlichen Stelle (Abs. 5) .....	20

## § 9 Gruppenweite Pflichten

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	3a
III. Verpflichtete .....	4
IV. Gruppenweite Pflichten (Abs. 1) .....	5
V. Gruppenweite Pflichten bei Unternehmen in anderen EU-Staaten (Abs. 2) .....	11
VI. Gruppenweite Pflichten bei Unternehmen in Drittstaaten (Abs. 3) .....	12
VII. Umsetzung gruppenweiter Pflichten durch gruppenangehörige Verpflichtete (Abs. 4, 5) .....	15
VIII. Bußgeldvorschriften .....	16

## Abschnitt 3. Sorgfaltspflichten in Bezug auf Kunden

### § 10 Allgemeine Sorgfaltspflichten

I. Allgemeines .....	1
1. Normgeschichte und ratio legis .....	1
2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	5
II. Allgemeine Sorgfaltspflichten (Abs. 1) .....	10
1. Identifizierung des Vertragspartners (Abs. 1 Nr. 1) .....	12
2. Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten (Abs. 1 Nr. 2) .....	17
a) Allgemeines .....	17
b) Abklärung bei natürlichen Personen .....	22
c) Abklärung bei juristischen Personen und Personengesellschaften .....	24
3. Ermittlung des Geschäftszweckes (Abs. 1 Nr. 3) .....	26
4. Feststellung der politisch exponierten Person (Abs. 1 Nr. 4) .....	31
5. Überwachung der Geschäftsbeziehung (Abs. 1 Nr. 5) .....	34
III. Risikoorientierte Bestimmung des Maßnahmenumfangs (Abs. 2) .....	43
1. Risikofaktoren nach Anlage 1 und 2 des Geldwäschegesetzes .....	47
2. Risikoeinstufung und Kernsorgfaltspflichten .....	57
3. Errichtung interner Kontrollen .....	59
4. Darlegungspflicht (§ 10 Abs. 2 S. 4) .....	62
IV. Pflichtauslösende Ereignisse (Abs. 3) .....	63
1. Begründung einer Geschäftsbeziehung (Abs. 3 Nr. 1) .....	64
2. Transaktionen außerhalb einer dauerhaften Geschäftsbeziehung (Abs. 3 Nr. 2) .....	68
a) Geldtransfer gemäß § 10 Abs. 3 Nr. 2 lit. a .....	69
b) Durchführung einer sonstigen Transaktion gemäß § 10 Abs. 3 Nr. 2 lit. b .....	74
c) Übertragung von Kryptowerten gemäß § 10 Abs. 3 Nr. 2 lit. c .....	76
d) Sorgfaltspflichten auslösende Geschäftsvorfälle .....	78
e) Verdacht auf Smurfing .....	97

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
3. Verdacht der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung (Abs. 3 Nr. 3) .....	101
4. Zweifel über Identitätsangaben (Abs. 3 Nr. 4) .....	110
V. Erfüllung der allgemeinen Sorgfaltspflichten (Abs. 3a) .....	113
VI. Erbringung von Zahlungsdiensten (Abs. 4) .....	116
VII. Identifizierungspflicht der Veranstalter und Vermittler von Glücksspielen (Abs. 5) .....	119
VIII. Von Immobilienmaklern zu erfüllende Sorgfaltspflichten (Abs. 6) .....	123
IX. Von Güterhändlern, Kunstvermittlern und Kunstlagerhaltern zu erfüllende Sorgfaltspflichten (Abs. 6a) .....	126
X. Ausgabe von E-Geld (Abs. 7) .....	132
XI. Mitteilungspflicht der Versicherungsvermittler (Abs. 8) .....	134
XII. Pflichten eines Unternehmens (Abs. 8a) .....	139
XIII. Beendigungspflicht (Abs. 9) .....	140

## **§ 11 Identifizierung; Erhebung von Angaben zum Zweck der Identifizierung**

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	5
III. Zeitpunkt der Identifizierung (§ 11 Abs. 1 GwG iVm § 25j KWG, § 34 WpIG und § 54 VAG) .....	8
IV. Maklervertrag (Abs. 2) .....	13
V. Absehen von Identifizierung (Abs. 3) .....	15
VI. Erhebung von Angaben zum Zwecke der Identifizierung (Abs. 4) .....	22
VII. Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten (Abs. 5) .....	23
VIII. Mitwirkungspflicht des Vertragspartners (Abs. 6) .....	33
IX. Mitwirkungspflicht von Verwalter von Trusts und anderen Rechtsgestaltungen nach § 21 (Abs. 7) .....	39

## **§ 11a Verarbeitung personenbezogener Daten durch Verpflichtete**

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	2
III. Verarbeitung personenbezogener Daten (Abs. 1) .....	3
IV. Übermittlung von Daten (Abs. 2 und 3) .....	5

## **§ 12 Überprüfung von Angaben zum Zweck der Identifizierung, Verordnungsermächtigung**

I. Allgemeines .....	1
1. Einleitung .....	1
2. Aussicht auf die EU-Geldwäsche-VO .....	2
II. Identitätsüberprüfung bei natürlichen Personen (Abs. 1) .....	3
III. Identitätsüberprüfung bei juristischen Personen (Abs. 2) .....	19
IV. Überprüfung von Angaben (Abs. 3) .....	23
1. Allgemeines .....	23
2. Sonderfälle .....	28
a) Vorbemerkungen .....	28

	Rn.
b) GbR .....	29
c) Anderkonten/Sammelanderkonten .....	32
d) Treuhandkonten .....	33
e) Konten für Erbengemeinschaften u.a. ....	34
f) Konten zugunsten Dritter .....	35
g) Unterkonten, weitere Stammkonten .....	35a
h) Mietkautionenkonten .....	36
i) Insolvenzverwalterkonten, Zwangsverwalterkonten ....	37
j) Publikumsfonds .....	38
k) Stiftungen und Trusts .....	39
V. Erwerbsvorgang nach § 1 des Grunderwerbsteuergesetzes (Abs. 4) .....	42
VI. Verordnungsermächtigung (Abs. 5) .....	43
 <b>§ 13 Verfahren zur Überprüfung von Angaben zum Zweck der Identifizierung, Verordnungsermächtigung</b>	
I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	2
III. Verfahren (Abs. 1) .....	3
IV. Verordnungsermächtigung (Abs. 2) .....	5
 <b>§ 14 Vereinfachte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächtigung</b>	
I. Allgemeines .....	1
1. Normgeschichte und ratio legis .....	1
2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	4
II. Vereinfachte Sorgfaltspflichten (Abs. 1) .....	8
III. Reduzierung von Sorgfaltspflichten (Abs. 2) .....	11
IV. Erfüllbarkeit vereinfachter Sorgfaltspflichten (Abs. 3) .....	13
V. Verordnungsermächtigung (Abs. 4) .....	14
VI. Verknüpfung zur Geldtransferverordnung (Abs. 5) .....	15
 <b>§ 15 Verstärkte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächtigung</b>	
I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	2a
III. Übergreifende Regelungen zu verstärkten Sorgfaltspflichten (Abs. 1, 2, 9 und 10) .....	3
IV. Politisch exponierte Personen .....	7
1. Hintergründe der Regelung .....	8
2. Erfasster Personenkreis .....	9
3. Die verstärkten Sorgfaltspflichten .....	17
a) Zustimmung zur Begründung der Geschäftsbezie- hung .....	18
b) Bestimmung der Herkunft von Vermögenswerten ....	21
c) Verstärkte kontinuierliche Überwachung der Geschäfts- beziehung .....	24
4. Bewertung der Regelungen zu politisch exponierten Perso- nen .....	27
V. Hochrisiko-Drittstaaten .....	31

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
VI. Hochrisiko-Transaktionen .....	33
VII. Korrespondenzbeziehungen .....	35
VIII. Sonstige Fälle höheren Risikos (Abs. 8) .....	45
IX. Bußgeldvorschriften .....	47

## **§ 15a Verstärkte Sorgfaltspflichten bei der Übertragung von Kryptowerten von einer selbst gehosteten oder an eine selbst gehostete Adresse**

I. Allgemeines .....	1
1. Normgeschichte und ratio legis .....	1
2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	4
3. Begriffsbestimmung .....	6
II. Verstärkte Sorgfaltspflichten .....	7
1. Definitionen .....	7
2. Risikoermittlung und -bewertung .....	10
III. Risikomindernde Maßnahmen (Abs. 2) .....	12
1. Allgemeines .....	12
2. Erhebung, Überprüfung und Speicherung der Identität (Nr. 1) .....	13
3. Ermittlung der Herkunft und des Ziels (Nr. 2) .....	14
4. Überwachung (Nr. 3) .....	15
5. Andere Maßnahmen (Nr. 4) .....	16

## **§ 16 Besondere Vorschriften für das Glücksspiel im Internet**

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	5a
III. Verpflichtete der Norm; Sorgfaltspflichten .....	6
IV. Spielerkonto, Zahlungsströme, Identifizierung .....	7
V. Bußgeldvorschriften .....	13

## **§ 16a Verbot der Barzahlung beim Erwerb von Immobilien**

I. Allgemeines .....	1
1. Normgeschichte und ratio legis .....	1
2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	3
II. Verbotsumfang (Abs. 1) .....	4
III. Nachweispflichten gegenüber Notaren (Abs. 2) .....	8
IV. Prüfpflichten des Notars (Abs. 3, 4) .....	10
V. Ausnahmen (Abs. 5) .....	13

## **§ 17 Ausführung der Sorgfaltspflichten durch Dritte, vertragliche Auslagerung**

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	5
III. Kreis der kraft Gesetzes zuverlässigen Dritten (Abs. 1) .....	7
IV. Drittstaaten mit hohem Risiko (Abs. 2) .....	11
V. Voraussetzung des Rückgriffs auf Dritte (Abs. 3, 3a) .....	12
VI. Erfüllungsfiktion (Abs. 4) .....	18

	Rn.
VII. Übertragung (Auslagerung) auf andere geeignete Personen und Unternehmen (Abs. 5) .....	20
VIII. Beeinträchtigungen (Abs. 6) .....	25
IX. Zuverlässigkeit der Personen oder der Unternehmen (Abs. 7) ...	26
X. Vereinbarung nach Absatz 5 mit deutschen Botschaften, Auslands-handelskammern oder Konsulaten (Abs. 8) .....	28
XI. Auslagerungsanforderungen (Abs. 9) .....	30

## Abschnitt 4. Transparenzregister

### Vorbemerkung vor §§ 18–26a – Transparenzregister

I. Überblick .....	1
II. Regelungsziele des Abschnitts 4 .....	4
III. Regelungshistorie .....	7
1. FATF .....	7
2. EU und Deutschland .....	12
IV. Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO und 6. EU-Geldwäsche-RL ..	17
V. Die wB-Transparenz im Regulationssystem des GwG .....	21
1. Wirkungsmechanismen der wB-Transparenz .....	21
2. Insbesondere: Der Zusammenhang von wB-Transparenz und Erfüllung der Kundensorgfaltspflichten in Bezug auf den wirtschaftlich Berechtigten .....	27
VI. WB-Transparenzpflicht und Datenschutzgrundrecht .....	30
1. Prüfungsmaßstab Art. 7, 8 GRCh .....	31
2. Gesetzesvorbehalt Art. 52 GRCh, Europarechtliche Schranken-Schranken DS-GVO und RL (EU) 2016/680 .....	32
3. Verhältnismäßigkeitsabwägung: Eignung und Erforderlichkeit .....	35
4. Angemessenheit im engeren Sinn: Rang der Rechtsgüter, Eingriffstiefe bzw. Gefährdungslage .....	36
a) Datenschutzgrundrecht, Rang und Eingriffstiefe .....	37
b) Schutzgüter, Rang und Gefährdungslage .....	41
c) Abwägungsergebnis .....	45
5. Das Urteil EuGH 22.11.2022 – C-37/20 u. C-601/20 ....	46
VII. Transparenzpflichten im Urteil des FATF MER 2022 .....	49

### § 18 Einrichtung des Transparenzregisters und registerführende Stelle

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL .....	3
III. Transparenzregister als öffentliches Register in Bundeszuständigkeit (Abs. 1, Abs. 2) .....	4
1. Registerführung als Staatsaufgabe des Bundes; registerführende Stelle .....	4
2. Begrenzte Öffentlichkeit des Transparenzregisters .....	8
3. Die Frage des öffentlichen Glaubens .....	11
4. Elektronische Registerführung, chronologische Sammlung .....	14
5. Aufbewahrungsdauer .....	16
IV. Ergänzende aktive Datenerhebungsbefugnis im Eintragungsverfahren (Abs. 3) .....	19

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
V. Datenübermittlungsbefugnis an das BVA für Zwecke des Bußgeldverfahrens (Abs. 3a) .....	26
VI. Erstellung von Registerauszügen (Abs. 4 S. 1–3) .....	34
VII. Antragsweiterleitung an Subjektregister und Unternehmensregister (Abs. 4 S. 4 und 5) .....	39
VIII. Informationssicherheitskonzept (Abs. 5) .....	40
IX. Verordnungsermächtigung (Abs. 6) .....	41

## § 19 Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL .....	3
III. Struktur und Inhalt des Transparenzregisters (Abs. 1) .....	4
1. Grundentscheidung für Rechtsträgerregister .....	4
2. Fiduziarische Rechtsgestaltung als „Rechtsträger“ .....	7
3. Inhalt des Transparenzregisters, eintragungsfähige Angaben .....	11
4. Antragsgrundsatz und zunehmende Zahl von Amts wegen einzutragender Angaben .....	15
5. Weitere Eintragungsvoraussetzungen .....	18
IV. Begriff des wirtschaftlich Berechtigten im Rahmen des Abschnitts 4 (Abs. 2) .....	19
V. Die Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten im Einzelnen (Abs. 1, Abs. 3) .....	24
1. Klassische Identitätsangaben (Abs. 1 Nr. 1–3, Nr. 5) .....	24
2. Angaben zu Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses (Abs. 1 Nr. 4, Abs. 3) .....	25
a) Angaben zu Art und Umfang nach Abs. 3 S. 1 .....	26
b) Begründung für Rückgriff auf Fiktion, Abs. 3 S. 2 .....	40

## § 19a Angaben zu Immobilien

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf 6. EU-Geldwäsche-RL .....	6
III. Beschränkung der Immobilientransparenz auf Vereinigungen iSd § 20 .....	7
IV. Eintragungsfähige Tatsachen .....	8
V. Eintragung von Amts wegen .....	9
VI. Grundsätzlich beschränkte Einsichtnahme .....	10

## § 19b Erfassung und Zuordnung von Immobilien

### § 20 Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Vereinigungen

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO und 6. EU-Geldwäsche-RL ..	3
III. Transparenzpflichtige Rechtsformen (Abs. 1 S. 1–3) .....	4
1. Juristische Personen des Privatrechts .....	5
2. Eingetragene Personengesellschaften .....	7
a) Ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal: Außengesellschaft .....	7
b) Registergängige Gesellschaftsform .....	10

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
c) Tatsächliche Eintragung .....	11
d) Zusammenfassung: transparenzpflichtige Personengesellschaftsformen .....	17
3. Beginn und Ende der Transparenzpflicht .....	18
4. Unerheblichkeit von Börsennotierung, Gemeinnützigkeit und öffentlichem Anteilseigentum .....	19
IV. Internationaler Anwendungsbereich .....	21
1. Der Sitz der Vereinigung im Sinne des Abs. 1 .....	22
a) Der Sitz iSd Abs. 1 im Falle der Identität von Satzungs- und Verwaltungssitz .....	23
b) Der Sitz iSd Abs. 1 im Fall der Divergenz von Satzungs- und Verwaltungssitz .....	24
2. Vereinigung mit Inlandssitz (S. 1) .....	40
3. Vereinigungen mit Auslandssitz bei inländischem Immobilieneigentum (S. 2 und 3) .....	42
a) Entstehungsgeschichte .....	43
b) Ratio .....	44
c) Vereinigung mit Auslandssitz .....	45
d) Immobilie im Inland .....	47
e) Immobilieneigentum: Unmittelbares und mittelbares Eigentum .....	48
f) Erwerb oder Halten unmittelbaren Immobilieneigentums (Abs. 1 S. 2 Alt. 1 und Alt. 2) .....	52
g) Erwerb oder Halten mittelbares Immobilieneigentum (Abs. 1 S. 2 Alt. 3 und Alt. 4) .....	54
h) Ausnahme bei präexistenter Transparenzregistereintragung im EU-Ausland (Abs. 1 S. 3) .....	56
V. Die Transparenzpflicht (Abs. 1 iVm Abs. 3a) .....	60
1. Risikoadäquate Ermittlungspflicht (Abs. 1 S. 1 iVm Abs. 3a) .....	61
a) „Einholung“ – von der passiven Entgegennahme zur aktiven Ermittlung .....	61
b) Risikoadäquanz .....	64
c) Inhalt: Auskunftsverlangen; vorgelagerte Analyse; Plausibilisierung eingehender Auskünfte und Mitteilungen .....	66
2. Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht (Abs. 1 S. 1, Abs. 3a S. 4) .....	78
3. Aktualisierungspflicht (Abs. 1 S. 1) .....	80
4. Mitteilungspflicht (Abs. 1 S. 1, S. 4 und 5) .....	82
VI. Basisdatenmitteilung (Abs. 2) .....	84
VII. Mitteilungspflicht der wirtschaftlich Berechtigten (Abs. 3 S. 1, S. 2 Alt. 1, S. 3 und 4 und Abs. 4) .....	85
VIII. Mitteilungspflicht der Anteilseigner (Abs. 3 S. 2 Alt. 2 und Abs. 4, Abs. 3b) .....	86
IX. Einsichtnahmebefugnis der FIU und Aufsichtsbehörden (Abs. 5) .....	89
X. Effektivierungsmechanismen: Bußgeldbewehrung, Beurkundungsverbot, Immobilientransparenz .....	90

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
1. Bußgeldbewehrung (§ 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 55–59 und 63) ..	90
2. Beurkundungsverbot (§ 10 Abs. 9 S. 4 Alt. 2) .....	94
3. Immobilientransparenz (§§ 19a, 19b) .....	96
 <b>§ 20a Automatische Eintragung für Vereine</b>	
I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO und 6. EU-Geldwäsche-RL ..	4
III. Automatische Eintragung für eingetragene Vereine (Abs. 1) .....	5
1. Personeller Anwendungsbereich .....	5
2. Erstellung der Eintragung .....	6
IV. Modifizierte Mitteilungspflicht eingetragener Vereine (Abs. 2) ...	8
V. Zeitlicher Anwendungsbereich (Abs. 3) .....	14
 <b>§ 21 Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Rechtsgestaltungen</b>	
I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO und 6. EU-Geldwäsche-RL ..	3
III. Transparenzpflichtige Formen von fiduziarischen Rechtsgestaltungen (Abs. 1 S. 1, Abs. 2) .....	6
IV. Internationaler Anwendungsbereich (Abs. 1 S. 1 und S. 2, Abs. 2) .....	10
1. Gleichlauf der Bestimmung des internationalen Anwendungsbereichs bei Trusts und trustähnlichen Rechtsgestaltungen .....	10
2. Der Sitz des Fiduziarverwalters .....	12
3. Fiduziarische Rechtsgestaltung mit inlandsansässigem Fiduziarverwalter .....	16
4. Fiduziarische Rechtsgestaltung mit nicht-EU-ansässigem Fiduziarverwalter bei Immobilienerwerb oder Geschäftsbeziehungen im Inland .....	17
a) Fiduziarverwalter mit Sitz im Nicht-EU-Ausland .....	18
b) Erwerb inländischen Immobilieneigentums (Abs. 1 S. 2 Alt. 2, Abs. 2) .....	19
c) Eingehung einer Geschäftsbeziehung (Abs. 1 S. 2 Alt. 1, Abs. 2) .....	22
d) Ausnahme bei präexistenter Transparenzregistereintragung im EU-Ausland (Abs. 1 S. 3) .....	23
V. Die Transparenzpflicht (Abs. 1) .....	24
1. Risikoadäquate Ermittlungspflicht – keine unterstützenden Mitteilungs- und Auskunftspflichten .....	25
2. Aufzeichnungs-, Aufbewahrungs- und Aktualisierungspflicht .....	30
3. Mitteilungspflicht einschließlich unterscheidungskräftiger Bezeichnung (Abs. 1, Abs. 1a) .....	32
4. Pflicht zur Leermeldung? .....	33
VI. Basisdatenmitteilung (Abs. 1b) .....	34
VII. Einsichtnahmebefugnis der FIU und Aufsichtsbehörden (Abs. 3)	35

	Rn.
VIII. Verordnungsermächtigung: Benennung von Trustäquivalenten, Festlegung der Kriterien der Trustäquivalenz (Abs. 4) .....	36
IX. Effektivierungsmechanismen: Bußgeldbewehrung, Beurkun- dungsverbot .....	37
1. Bußgeldbewehrung (§ 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 61–63) .....	37
2. Beurkundungsverbot (§ 10 Abs. 9 S. 4 Alt. 3) .....	38
3. Immobilientransparenz, §§ 19a, 19b? .....	40

## § 22 Zugängliche Dokumente und Datenübermittlung an das Transparenzregister, Verordnungsermächtigung

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO und 6. EU-Geldwäsche-RL ..	4
III. Zugang zu anderen Rechtsträgerregistern über die Vernetzungs- plattform (Abs. 1) .....	5
IV. Indexdatenübermittlung (Abs. 2 iVm IDÜV) .....	8
V. Verordnungsermächtigung Indexdatenübermittlung (Abs. 3) .....	10
VI. Verordnungsermächtigung Datenübermittlung durch transparenz- pflichtige Einheiten (Abs. 4) .....	11

## § 23 Einsichtnahme in das Transparenzregister, Verordnungsermächtigung

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL .....	7
III. Das regelmäßige Einsichtnahmerecht (Abs. 1) .....	8
1. Betroffene und Gegenstand der Einsichtnahme (S. 1 Hs. 1) ..	8
2. Einsichtnahmeberechtigte und zulässige Einsichtnahmewe- cke (S. 1 Hs. 2) .....	10
a) Nutzergruppe Behörden iwS (Nr. 1) .....	11
b) Nutzergruppe Verpflichtete (Nr. 2) .....	18
c) Nutzergruppe Mitglieder der Öffentlichkeit (Nr. 3) ..	24
3. Inhalt des Einsichtnahmerechts .....	34
4. Gestufter Beauskunftungsumfang (S. 3–5) .....	36
5. Einsichtnahmeverfahren: Registrierung, Darlegungserfor- dernisse .....	42
IV. Beschränkung des Einsichtnahmerechts (Abs. 2) .....	47
1. Voraussetzung: Das Überwiegen schutzwürdiger Interessen ..	48
a) Viktimisierungsgefahr gemäß Katalogtat (S. 2 Nr. 1) ..	51
b) Minderjährigkeit (S. 2 Nr. 2 Alt. 1) .....	57
c) Geschäftsunfähigkeit (S. 2 Nr. 2 Alt. 2) .....	58
2. Antrag, Tatsachenvortrag, Beweismaß .....	59
3. Rechtsfolgen: Gebundene Entscheidung, Umfang im Ermessen .....	61
4. Rechtsschutz gegen Versagung .....	63
5. Wirkung einer Beschränkung .....	64
6. Statistik .....	65
V. Automatisiertes Einsichtnahmeverfahren für Behörden iwS und Banken (Abs. 3) .....	66
1. Ratio und Normierungsbedarf .....	66

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
2. Qualifizierter Nutzerkreis .....	68
3. Verfahren .....	69
4. Technisches und technischer Datenschutz .....	71
VI. Registrierungserfordernis, Protokollierung, Diskretion der Ein- sichtnahme (Abs. 4) .....	72
VII. Beschränkung auf Vorwärtssuche (Abs. 5) .....	74
VIII. Zweckbindung (Abs. 6) .....	75
IX. Verordnungsermächtigung Registereinsicht (Abs. 7) .....	76
X. Auskunftsanspruch des wirtschaftlich Berechtigten (Abs. 8) .....	78
 <b>§ 23a Meldung von Unstimmigkeiten an die registerführende Stelle</b>	
I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO und 6. EU-Geldwäsche-RL ..	5
III. Pflicht zur Unstimmigkeitsmeldung (Abs. 1) .....	6
1. Unstimmigkeits-Meldepflichtige (Abs. 1 S. 1 und S. 3 Hs. 1) .....	6
a) Verpflichtete .....	6
b) Behörden mit Zuständigkeit unter GwG .....	8
2. Vorliegen einer Unstimmigkeit (Abs. 1 S. 1, S. 4, S. 5) .....	9
a) Stimmigkeit zwischen Kundenangaben und Erkenntnis- sen – Unstimmigkeit zum Registerinhalt .....	12
b) Unstimmigkeit zwischen Kundenangaben und weite- ren Erkenntnissen – Teilstimmigkeit zum Registerin- halt .....	21
3. Unverzügliche Meldung (Abs. 1 S. 1) .....	23
4. Ausnahmen von der Meldepflicht (Abs. 1 S. 2, S. 3 Hs. 2) ..	24
a) Verpflichteter im Rahmen von Rechtsberatung oder Prozessvertretung .....	24
b) Beeinträchtigung behördlicher Aufgabenwahrneh- mung .....	25
5. Adressat und Form der Meldung (S. 1, Abs. 2) .....	26
6. Auswirkungen auf die laufenden Kundensorgfaltspflichten: § 10 Abs. 9? .....	27
IV. Bearbeitung durch die registerführende Stelle, Sachverhaltsermit- lung (Abs. 3) .....	29
V. Sachverhaltsaufbereitung durch Eigentums- und Kontrollstruktur- übersichten (Abs. 3a) .....	32
VI. Abgabe an und Weiterermittlung im Rahmen des OWi-Verfah- rens durch das BVA (Abs. 4) .....	35
VII. Verfahrensbeendigung (Abs. 5) .....	37
VIII. Prüfungsvermerk und Prüfungsabschlussvermerk (Abs. 6) .....	39
1. Eintragung von Amts wegen, Eintragungsort .....	39
2. Wirkung .....	40
a) Wirkung des Prüfungsvermerks .....	41
b) Wirkung des Prüfungsabschlussvermerks .....	44
IX. Bußgeldbewehrung, § 56 Abs. 1 S. 1 Nr. 65, 66 .....	46

<b>§ 23b Meldung von Unstimmigkeiten bei der Zuordnung von Immobilien (noch nicht in Kraft)</b>	
I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL .....	3
III. Pflicht zur Unstimmigkeitsmeldung (Abs. 1) .....	4
1. Unstimmigkeits-Meldepflichtige .....	4
a) Behörden iSd § 23 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 .....	4
b) Verpflichtete nach § 2 Abs. 1 Nr. 1–3 und 7 sowie Notare .....	5
2. Vorliegen einer Unstimmigkeit .....	6
3. Ausnahmen von der Meldepflicht .....	7
a) Unbedingte Meldepflicht der Behörden .....	7
b) Notare im Rahmen von Rechtsberatung oder Prozessvertretung .....	8
4. Unverzüglichkeit, Adressat und Form der Unstimmigkeitsmeldung .....	9
IV. Bearbeitung durch die registerführende Stelle, Sachverhaltsermittlung (Abs. 3) .....	10
V. Eintragung korrigierter Immobiliendaten von Amts wegen (Abs. 4) .....	11
VI. Keine Bußgeldbewehrung .....	12
 <b>§ 24 Gebühren und Auslagen, Verordnungsermächtigung</b>	
I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL .....	4
III. Registerführungsgebühr (Abs. 1) .....	5
1. Gebührenpflichtige Leistung (S. 1) .....	5
2. Gebührenschuldner (S. 1) .....	7
3. Gebührenbefreiung bei Gemeinnützigkeit (S. 2–5) .....	9
4. Gebührenhöhe .....	11
IV. Einsichtnahmegebühr (Abs. 2) .....	12
1. Gebührenpflichtige Leistung (S. 1, S. 2) .....	12
2. Gebührenschuldner (S. 1, S. 3) .....	13
3. Gebührenhöhe .....	14
V. Auskunftgebühr (Abs. 2a) .....	15
VI. Verordnungsermächtigung (Abs. 3) .....	16
 <b>§ 25 Übertragung der Führung des Transparenzregisters, Verordnungsermächtigung</b>	
I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL .....	3
III. Beleihung, Verordnungsermächtigung (Abs. 1) .....	4
1. Beleihung als eine Form der Heranziehung Privater bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben .....	4
2. Rechtfertigungsbedürfnis und gesetzgeberische Begründung .....	5
3. Institutioneller Gesetzesvorbehalt, Anforderungen an die Verordnungsermächtigung .....	7

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
4. Beleihung der Verlag Bundesanzeiger GmbH durch die TBeIV .....	8
IV. Materielle Beleihungsvoraussetzungen (Abs. 2) .....	9
V. Befristung und vorzeitige Beendigung der Beleihung, Rückfallansprüche (Abs. 3) .....	10
VI. Siegelführung (Abs. 4) .....	11
VII. Gebührenerhebung und -vollstreckung (Abs. 5) .....	12
VIII. Rechts- und Fachaufsicht durch das BVA (Abs. 6) .....	14
IX. Registerbetrieb durch bundeseigene Behörden (Abs. 7) .....	16

## **§ 26 Europäisches System der Registervernetzung, Verordnungsermächtigung**

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO und 6. EU-Geldwäsche-RL ..	4
III. Befugnisnorm zur Datenübermittlung im Rahmen der EU-Registervernetzung (Abs. 1) .....	5
IV. Aufgabennorm, Pflicht zur Teilnahme an BORIS (Abs. 2) .....	10
V. Speicherbegrenzung (Abs. 3) .....	11
VI. Verordnungsermächtigung (Abs. 4) .....	12
VII. Stand der europäischen Registervernetzung .....	13

## **§ 26a Abruf durch bestimmte Behörden**

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL .....	4
III. Abrufberechtigte Behörden und zulässige Abrufzwecke (Abs. 1) ..	5
IV. Abrufverfahren, Rückwärtssuche (Abs. 2) .....	11
V. Datenschutz (Abs. 3) .....	14

## **Abschnitt 5. Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen**

### **Vorbemerkungen vor §§ 27–42 – Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU)**

I. Allgemeines .....	1
II. Kritik .....	2
1. Ressortverlagerung und Ausgestaltung als administrative Behörde .....	2
2. Personalausstattung .....	6
3. Bearbeitungsrückstände .....	13
a) Chronologische Entwicklung und Bewertung .....	13
b) Zwischenfazit .....	27
4. Lange Bearbeitungsdauer/verspätete Weiterleitung von Meldungen .....	30
a) Stark verzögerte Weiterleitung regulärer Meldungen ..	30
b) Verspätete Weiterleitung von Fristfall-Meldungen .....	35
5. Fehlende Dateizugriffe .....	38
6. Filterfunktion .....	46
7. Arbeitsqualität .....	53
8. Datenschutzrechtliche Kritikpunkte .....	56
a) Arbeitsprozess der FIU für eingehende Meldungen ..	56

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
b) Der „Informationspool“ .....	61
c) Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) .....	65
d) Clan-Mitglied als FIU-Mitarbeiter .....	70
9. Risikobasierte Arbeitsweise der FIU .....	71
10. Kosten vs. erklärte Mehreinnahmen .....	73
11. Feststellungen der FATF zur FIU im Deutschland-Evaluationsbericht 2022 .....	76
12. Fazit .....	78
III. Europäische Entwicklungen .....	82

## § 27 Zentrale Meldestelle

I. Allgemeines .....	1
1. Hintergrund, Definition und unionsrechtlicher Rahmen ..	1
2. Nationale Entwicklungsgeschichte .....	6
II. Die FIU als zentrale Meldestelle (Abs. 1) .....	9
III. Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der FIU (Abs. 2) .....	10

## § 28 Aufgaben, Aufsicht und Zusammenarbeit

I. Allgemeines .....	1
1. Hintergrund und Normhistorie .....	1
2. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL .....	6
II. Aufgaben der FIU (Abs. 1) .....	8
1. Allgemeine Aufgaben (S. 1) .....	8
2. Risikobasierte Arbeitsweise der FIU (S. 2) .....	10
a) Fehlende Rechtsgrundlage bis zum 17.11.2023 .....	10
b) Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine risikobasierte Arbeitsweise der FIU zum 18.11.2023 (S. 2) ....	18
3. Die Aufgaben der FIU im Einzelnen (S. 3) .....	24
a) Nr. 1: Entgegennahme und Sammlung von Meldungen nach diesem Gesetz .....	24
b) Nr. 2: Durchführung von operativen Analysen einschließlich der Bewertung von Meldungen und sonstigen Informationen .....	25
c) Nr. 3: Informationsaustausch und die Koordinierung mit inländischen Aufsichtsbehörden .....	28
d) Nr. 4: Zusammenarbeit und Informationsaustausch mit zentralen Meldestellen anderer Staaten .....	31
e) Nr. 5: Untersagung von Transaktionen und Anordnung von sonstigen Sofortmaßnahmen .....	32
f) Nr. 6: Übermittlung der sie betreffenden Ergebnisse der operativen Analyse nach Nr. 2 und zusätzlicher relevanter Informationen an die zuständigen inländischen öffentlichen Stellen .....	33
g) Nr. 7: Rückmeldung an den Verpflichteten, der eine Meldung nach § 43 Abs. 1 abgegeben hat .....	35
h) Nr. 8: Durchführung von strategischen Analysen und Erstellung von Berichten aufgrund dieser Analysen ...	38

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
i) Nr. 9: Austausch mit den Verpflichteten sowie mit den inländischen Aufsichtsbehörden und für die Aufklärung, Verhinderung oder Verfolgung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung zuständigen inländischen öffentlichen Stellen .....	43
j) Nr. 10: Erstellung von Statistiken zu den in Art. 44 Abs. 2 der RL (EU) 2015/849 genannten Zahlen und Angaben .....	45
k) Nr. 11: Veröffentlichung eines Jahresberichts über die erfolgten operativen Analysen .....	47
l) Nr. 12: Teilnahme an Treffen nationaler und internationaler Arbeitsgruppen .....	49
m) Nr. 13: Wahrnehmung weiterer übertragener Aufgaben .....	50
III. Mitwirkung bei der Feststellung von Vermögenswerten iZm Sanktionsmaßnahmen (Abs. 1a) .....	51
IV. Aufsicht über die FIU (Abs. 2) .....	54
V. Zusammenarbeit mit den zuständigen inländischen Behörden (Abs. 3) .....	58
VI. Information der für das Steuerungsverfahren oder den Schutz der sozialen Sicherungssysteme zuständigen Behörden (Abs. 4) ..	61

## § 28a Unterrichtung des Deutschen Bundestages

I. Allgemeines .....	1
II. Unterrichtungspflicht des BMF (Abs. 1) .....	3
III. Zusammensetzung und Arbeitsweise des Gremiums (Abs. 2) .....	5
IV. Geheimhaltungspflicht (Abs. 3) .....	7

## § 29 Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen

I. Allgemeines .....	1
1. Normhistorie und unionsrechtlicher Hintergrund .....	1
2. Datenschutzrechtliche Herausforderungen für die FIU und Kritik .....	9
II. Verarbeitung personenbezogener Daten (Abs. 1) .....	13
1. Allgemeines .....	13
2. Verarbeitung personenbezogener Daten durch die FIU .....	16
a) Begriff der „Verarbeitung“ .....	16
b) Weiterverarbeitung (zu einem anderen Zweck) .....	29
3. Daten, die aufgrund dieses Gesetzes übermittelt, erhoben oder abgefragt werden .....	31
4. Soweit zur Erfüllung der Aufgaben der FIU erforderlich ..	32
III. Datenabgleich (Abs. 2) .....	33
IV. Einsatz automatisierter Verfahren (Abs. 2a) .....	34
1. Allgemeines .....	34
2. Zwecke des Einsatzes automatisierte Anwendungen zur Datenanalyse (S. 1) .....	37

	Rn.
3. Von der Verarbeitung in automatisierten Anwendungen zur Datenanalyse ausgenommene Datenarten (S. 2) .....	40
4. Von der Verarbeitung in automatisierten Anwendungen zur Datenanalyse erfasste Datenarten (S. 3) .....	44
5. Verbot der Verknüpfung mit personenbezogenen Daten aus allgemein zugänglichen Quellen (S. 5) .....	46
V. Konkretisierung der Methoden automatisierter Anwendungen zur Datenanalyse und Ausschluss bestimmter selbstlernender und automatisierter Systeme (Abs. 2b) .....	47
1. Allgemeines .....	47
2. Ziel des Einsatzes automatisierter Anwendungen zur Datenanalyse (S. 1) .....	49
3. Gegenstand des Einsatzes automatisierter Anwendungen zur Datenanalyse: Meldungen und sonstige Informationen im Datenbestand der FIU (S. 1) .....	51
4. Inhalt und Methoden des Einsatzes automatisierter Anwendungen zur Datenanalyse (S. 2 und 3) .....	52
5. Verbot bestimmter selbstlernender und automatisierter Systeme (S. 4) .....	54
VI. Befugnisse für die FIU im Rahmen der operativen Analyse (Abs. 2c) .....	56
VII. Verarbeitung zu Fortbildungszwecken oder zu statistischen Zwecken (Abs. 3) .....	61
VIII. Datenverarbeitung zur Vorbereitung des Einsatzes automatisierter Verfahren (Abs. 4) .....	63
IX. Organisatorische und technische Maßnahmen (Abs. 5) .....	65
X. Datenschutzrechtliche Schulungen (Abs. 6) .....	68
XI. Kontrollen des BfDI (Abs. 7) .....	69
XII. Anordnung von Maßnahmen durch den BfDI (Abs. 8) .....	72

## § 30 Analyse von Meldungen und Informationen

I. Allgemeines .....	1
1. Hintergrund und Normhistorie .....	1
2. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL und die AMLA-VO .....	5
II. Entgegennahme und Verarbeitung von Meldungen und Informationen (Abs. 1) .....	6
1. Meldungen nach §§ 43 und 44 (Nr. 1) .....	7
2. Mitteilungen der Finanzbehörden nach § 31b AO (Nr. 2) ..	8
3. Barmittelanmeldungen und Barmittelkontrollmitteilungen (Nr. 3) .....	12
4. Sonstige Informationen (Nr. 4) .....	18
III. Operative Analyse (Abs. 2) .....	19
1. Allgemeines .....	19
a) Übersicht .....	19
b) Begriff und Prozess der „operativen Analyse“ .....	20
c) Abgrenzung zur Risikobewertung .....	24
d) Strukturelle Einordnung der „operativen Analyse“ ....	27

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
2. Analyse von verdächtigen Transaktionen und sonstigen Informationen (S. 1) .....	30
a) Vorbemerkungen .....	30
b) Pflicht der FIU zur operativen Analyse .....	33
c) Umfang und Ziel der operativen Analyse .....	34
3. Risikobasierte Ausrichtung der operativen Analyse (S. 2) ..	41
4. Einsatz von Risikobewertungssystemen (S. 3 bis 8) .....	45
a) Befugnis zum Einsatz von Risikobewertungssystemen (S. 3) .....	45
b) Vorgaben zur Ausgestaltung und Überprüfung der Risikobewertungssysteme (S. 4 – 10) .....	47
IV. Durchführung von Auswertungen aus eigener Veranlassung (Abs. 2a) .....	54
V. Einholung von Informationen von Verpflichteten (Abs. 3) .....	57

## § 31 Auskunftsrecht gegenüber inländischen öffentlichen Stellen, Datenzugriffsrecht, Verordnungsermächtigung

I. Allgemeines .....	1
1. Hintergrund und Normhistorie .....	1
2. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-Richtlinie .....	5
II. Datenerhebung bei inländischen öffentlichen Stellen (Abs. 1) ....	10
III. Pflicht der angefragten Stellen zur unverzüglichen Beantwortung (Abs. 2) .....	15
IV. Automatisierte Datenübermittlung (Abs. 3) .....	16
V. Automatisierter Abgleich mit Daten im polizeilichen Informationsverbund (Abs. 4) .....	22
1. Allgemeines .....	22
a) Entwicklungsgeschichte .....	22
b) Kritik .....	28
2. Abgleich mit Daten, die im polizeilichen Informationsverbund gespeichert sind (S. 1) .....	33
3. Differenzierung hinsichtlich der betroffenen Daten („Mischmodell“) (S. 2–5) .....	35
4. Einrichtung eines weitergehenden automatisierten Abrufverfahrens (S. 7) .....	39
VI. Automatisierte Auskunft aus dem ZStV (Abs. 4a) .....	40
1. Allgemeines .....	40
2. Automatisierte Abfrage unter Angabe spezifischer Parameter (S. 1) .....	44
3. Automatisierter Abruf der Daten im Trefferfall (S. 2) .....	45
4. Verwendungsbeschränkung (S. 3) .....	46
VII. Auskunftspflicht der Finanzbehörden und automatisierter Abruf von Steuerdaten durch die FIU (Abs. 5) .....	47
1. Allgemeines .....	47
2. Voraussetzungen des Datenabrufs (S. 1 und 2) .....	50
3. Suchparameter und datenschutzrechtliche Bestimmungen (S. 3 bis 9) .....	53

	Rn.
4. Verordnungsermächtigung zur weiteren Ausgestaltung des Abruferfahrens (S. 10) .....	60
5. Sonderregelungen bzgl. des automatisierten Abrufs anderer Daten der Finanzbehörden und Behörden der Zollverwaltung (S. 11 und 12) .....	61
VIII. Automatisierter Abruf bei Landesfinanzbehörden zu Grundstücksveräußerungsanzeigen (Abs. 5a) .....	62
1. Allgemeines .....	62
2. Voraussetzungen .....	64
IX. Automatisierter Kontostammdatenabruf nach § 24c KWG (Abs. 6) .....	67
1. Allgemeines .....	67
2. Regelungsgehalt .....	73
X. Automatisierter Datenabruf bei Meldebehörden (Abs. 7) .....	79
1. Allgemeines .....	79
2. Automatisierter Datenabruf zur Personalienüberprüfung (S. 1) .....	82
3. Automatisierter Datenabruf zur operativen Analyse (S. 2) ..	88
4. Löschpflicht (S. 3) .....	90

## § 32 Datenübermittlungsverpflichtung an inländische öffentliche Stellen

I. Allgemeines .....	1
1. Hintergrund und Normhistorie .....	1
2. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-Richtlinie .....	11
II. Datenübermittlung an das BfV (Abs. 1) .....	12
III. Datenübermittlung an Strafverfolgungsbehörden, BND und BfV bei Verdacht auf Straftaten (Abs. 2) .....	18
1. Allgemeines .....	18
2. Verpflichtung zur unverzüglichen Weiterleitung an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden (S. 1) .....	21
a) Verdachtsgrad .....	21
b) Weiterleitungspflicht .....	25
c) Unverzüglichkeit .....	31
d) Folgen pflichtwidriger Nicht-Weiterleitung von Meldungen .....	32
e) Zuständige Strafverfolgungsbehörde .....	39
3. Verpflichtung zur Weiterleitung an den BND (S. 2) .....	41
4. Verpflichtung zur Weiterleitung des Ergebnisses der operativen Analyse sowie aller sachdienlichen Informationen an das BfV (S. 3) .....	42
5. Bereitstellung der Informationen zu sonstigen Straftaten zum automatisierten Datenabruf anstelle der Übermittlung nach S. 1 (S. 4) .....	43
IV. Datenübermittlung an inländische Behörden in sonstigen Fällen (Abs. 3) .....	48
1. Datenübermittlung zur Aufklärung von Gefahren oder der Durchführung von Strafverfahren an Strafverfolgungsbehörden, BfV, BND oder MAD (S. 1) .....	48

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
2. Datenübermittlung für Besteuerungsverfahren, Verfahren zum Schutz der sozialen Sicherungssysteme und für die Aufgabenwahrnehmung der Aufsichtsbehörden (S. 2) .....	55
V. Übermittlung von Daten aus Finanzinformationen und -analysen an das BKA (Abs. 3a) .....	61
VI. Übermittlung von sanktionsrelevanten Erkenntnissen (Abs. 3b) ..	63
VII. Automatisierter Abruf von Daten der FIU durch die Strafverfolgungsbehörden, BfV und BKA (Abs. 4) .....	64
1. Allgemeines .....	64
2. Automatisierte Datenabrufbefugnis für Strafverfolgungsbehörden, BfV und BKA (S. 1) .....	67
3. Kontrollmechanismen der abrufenden Behörde (S. 2) .....	71
VIII. Unterbleiben der Datenübermittlung (Abs. 5) .....	72
1. Unterbleiben bei negativen Auswirkungen auf den Erfolg laufender Ermittlungen oder Analysen (S. 1 Nr. 1) .....	72
2. Unterbleiben bei Unverhältnismäßigkeit (S. 1 Nr. 2) .....	74
3. Begründungspflicht bei unterbliebener Datenübermittlung nach Abs. 3a und Sonderregelung beim automatisierten Datenabruf nach Abs. 4 (S. 2–4) .....	76
IX. Datenübermittlung der Strafverfolgungsbehörde an die zuständige Finanzbehörde bei Einleitung eines Strafverfahrens (Abs. 6) .....	78
X. Verwendungsbeschränkung, Zweckänderung (Abs. 7) .....	83

## § 32a Datenübermittlung an Europol

I. Allgemeines .....	1
1. Normhistorie .....	1
2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO und die 6. EU-Geldwäsche-RL .....	3
II. Befugnis der FIU zur Übermittlung von Finanzinformationen und -analysen an Europol (Abs. 1) .....	5
1. Voraussetzungen zur Datenübermittlung (S. 1) .....	5
2. Zeitnahe Übermittlung über das BKA (S. 2) .....	9
III. Verweigerung der Übermittlung (Abs. 2) .....	12
IV. Begründungspflicht bei Verweigerung (Abs. 3) .....	18
V. Verwendungsbeschränkung (Abs. 4) .....	19

## § 33 Datenaustausch mit Mitgliedstaaten der Europäischen Union

I. Allgemeines .....	1
1. Hintergrund .....	1
2. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL .....	6
II. Grundsätze der zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu gewährleistenden Zusammenarbeit (Abs. 1) .....	7
1. Datenaustausch unabhängig von der Geldwäschevortat (S. 1 und 2) .....	7
2. Weiterleitungspflicht bei Betroffenheit eines anderen EU-Mitgliedstaats (S. 3) .....	11
a) Grundsatz und Beschränkung auf Meldungen nach § 43 Abs. 1 .....	11

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
b) Betroffenheit eines anderen EU-Mitgliedstaats .....	13
c) Grenzen .....	15
d) Pflicht zur „umgehenden“ Weiterleitung .....	16
3. Nutzung eines Systems zur verschlüsselten automatisierten Weiterleitung (S. 4) .....	19
III. Datenübermittlung im internationalen Bereich (Abs. 2) .....	20
IV. Auskunftersuchen an FIUs anderer Staaten zu in Deutschland tätigen Verpflichteten (Abs. 3) .....	26
V. Ablehnung eingehender Ersuchen von FIUs eines anderen EU- Mitgliedstaates (Abs. 4) .....	28
1. Allgemeines .....	28
2. Ablehnungsgründe (S. 1 Nr. 1–4) .....	30
3. Begründungspflicht für Ablehnungen (S. 2) .....	36
VI. Verwendungs- und Weiterleitungsbeschränkungen bei der Beant- wortung ausländischer Auskunftersuchen (Abs. 5) .....	37
VII. Benennung einer zentralen Kontaktstelle (Abs. 6) .....	41

## § 34 Informationsersuchen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit

I. Allgemeines .....	1
II. Befugnis der FIU für Ersuchen an FIUs in Drittstaaten (Abs. 1) ..	5
III. Befugnis der FIU zur Übermittlung personenbezogener Daten in Ersuchen an FIUs in Drittstaaten (Abs. 2) .....	7
IV. Inhaltliche Anforderungen an Ersuchen und Weitergabe von Daten (Abs. 2) .....	8

## § 35 Datenübermittlung im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit

I. Allgemeines .....	1
II. Weiterleitung von Meldungen an zentrale Meldestellen anderer Staaten (Abs. 1) .....	7
III. Beantwortung von Ersuchen ausländischer zentraler Meldestellen (Abs. 2) .....	9
1. Zwecke der Datenübermittlung (S. 1 Nr. 1–3) .....	9
2. Ergänzende Vorschriften zur Datenübermittlung (S. 2–5) ..	15
IV. Anforderungen an eingehende Ersuchen (Abs. 3) .....	19
1. Allgemeines .....	19
2. Angabe der Kontaktdaten der ersuchenden Behörde (Nr. 1) .....	20
3. Begründung und Angabe des Verwendungszwecks der ersuchten Daten (Nr. 2) .....	21
4. Angabe der Einzelheiten zur Identität der betroffenen Per- son (Nr. 3) .....	22
5. Mitteilung des zugrundeliegenden Sachverhalts (Nr. 4) ....	23
6. Darlegung des Zusammenhangs des Sachverhalts zu Geldwä- sche oder Terrorismusfinanzierung (Nr. 5) .....	24
V. Sonstige Datenübermittlungen an ausländische FIUs (Abs. 4) ....	25
VI. Datenschutzrechtliche Prüfpflicht (Abs. 5) .....	28

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
VII. Verwertungsbeschränkungen (Abs. 6) .....	29
VIII. Hinderungsgründe für die Datenübermittlung (Abs. 7) .....	30
IX. Regelbeispiele für ein Unterbleiben der Datenübermittlung (Abs. 8) .....	35
X. Darlegung der Ablehnungsgründe (Abs. 9) .....	38
XI. Dokumentation und Aufbewahrung (Abs. 10) .....	42

## **§ 36 Automatisierter Datenabgleich im europäischen Verbund**

I. Allgemeines .....	1
II. Befugnis zur Einrichtung und zum Betreiben von FIU.net und Zweck .....	4

## **§ 37 Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung personenbezogener Daten aus automatisierter Verarbeitung und bei Speicherung in automatisierten Dateien**

I. Allgemeines .....	1
II. Berichtigung unrichtig gespeicherter personenbezogener Daten (Abs. 1) .....	4
III. Löschung gespeicherter personenbezogener Daten (Abs. 2) .....	8
IV. Einschränkung der Verarbeitung der gespeicherten personenbezo- genen Daten (Abs. 3) .....	11
1. Allgemeines .....	11
2. Beeinträchtigung schutzwürdiger Interessen eines Betroffe- nen (S. 1 Nr. 1) .....	13
3. Erforderlichkeit für laufende Forschungsarbeiten (S. 1 Nr. 2) .....	14
4. Unverhältnismäßiger Aufwand der Löschung (S. 1 Nr. 3) ..	15
5. Folgen eingeschränkter Verarbeitung (S. 2 und 3) .....	16
V. Prüffristen bei der Datenaussonderung (Abs. 4 und 5) .....	18
VI. Datenschutzrechtliche Prüfung bei der Datenübermittlung (Abs. 6) .....	20
VII. Verfahren bei übermittelten unrichtigen, zu löschenden oder in der Verarbeitung einzuschränkenden personenbezogenen Daten (Abs. 7) .....	24

## **§ 38 Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Vernichtung personenbezogener Daten, die weder automatisiert verarbeitet werden noch in einer automatisierten Datei gespeichert sind**

I. Allgemeines .....	1
II. Dokumentationspflicht bei Feststellung unrichtiger Daten (Abs. 1) .....	3
III. Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten (Abs. 2) .....	4
IV. Pflicht zur Vernichtung von Unterlagen (Abs. 3 und 4) .....	6
V. Abgabe an das zuständige Archiv bei bleibendem Wert der Unter- lagen (Abs. 5) .....	8

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
VI. Verfahren bei übermittelten unrichtigen, zu löschenden oder in der Verarbeitung einzuschränkenden personenbezogenen Daten (Abs. 6) .....	10
<b>§ 38a Protokollierung von Informationersuchen, Statistik, Verordnungsermächtigung</b>	
I. Allgemeines .....	1
II. Protokollierungspflicht von Auskunftersuchen (Abs. 1) .....	3
III. Inhalt der Protokolle (Abs. 2) .....	4
IV. Aufbewahrungs- und Löschpflichten, Zusammenarbeit mit der/ dem BfDI (Abs. 3) .....	8
V. Statistikpflicht, Verordnungsermächtigung (Abs. 4) .....	9
<b>§ 39 Errichtungsanordnung</b>	
I. Allgemeines .....	1
II. Pflicht zum Erlass von Errichtungsanordnungen; Zustimmung- und Anhörungspflichten (Abs. 1) .....	3
III. Vorgaben für den Inhalt der Errichtungsanordnungen (Abs. 2) ..	5
IV. Kompetenz der Generalzolldirektion zur Sofortanordnung in eilbedürftigen Fällen (Abs. 3) .....	7
V. Turnusmäßige Prüfpflichten (Abs. 4) .....	10
<b>§ 40 Sofortmaßnahmen</b>	
I. Allgemeines .....	1
1. Hintergrund und Normhistorie .....	1
2. Sofortmaßnahmen in der Praxis .....	5
3. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL .....	6
II. Befugnis zur Anordnung von Sofortmaßnahmen (Abs. 1) .....	8
1. Arten von Sofortmaßnahmen .....	8
a) Untersagung der Durchführung von Transaktionen (S. 1) .....	8
b) Weitere Arten von Sofortmaßnahmen (S. 2) .....	9
2. Voraussetzungen für die Anordnung von Sofortmaßnahmen .....	12
a) Anhaltspunkte für Geldwäsche, eine Straftat nach § 18 Abs. 1 AWG oder Terrorismusfinanzierung .....	12
b) Verdachtsgrad .....	15
c) Zweck von Sofortmaßnahmen .....	17
3. Formvorschriften .....	18
4. Verpflichtung der FIU zur Anordnung von Sofortmaßnahmen bei Vorliegen der Voraussetzungen und Haftung .....	21
5. Mitwirkung/Pflichten des Verpflichteten .....	23
III. Sofortmaßnahmen aufgrund des Ersuchens einer zentralen Meldestelle eines anderen Staates (Abs. 2) .....	27
IV. Aufhebung von Sofortmaßnahmen (Abs. 3) .....	32
V. Dauer von Sofortmaßnahmen (Abs. 4) .....	36
1. Allgemeines .....	36
2. Ende mit Ablauf eines Monats nach Anordnung (Nr. 1) ...	37

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
3. Ende mit Ablauf des fünften Werktages nach Abgabe des Sachverhalts an die zuständige Strafverfolgungsbehörde (Nr. 2) .....	38
4. Ende bei früher durch die FIU festgelegtem Zeitpunkt (Nr. 3) .....	39
VI. Freigabe von Vermögensgegenständen auf Antrag (Abs. 5) .....	40
VII. Rechtsmittel gegen Sofortmaßnahmen (Abs. 6) .....	45

## § 41 Rückmeldung an Verpflichtete und Behörden

I. Allgemeines .....	1
1. Ratio legis .....	1
2. Normhistorie .....	3
3. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL .....	6
II. Eingangsbestätigung (Abs. 1) .....	8
III. Rückmeldung an den meldenden Verpflichteten zur Relevanz der Meldung und Nutzung der erlangten personenbezogenen Daten durch den Verpflichteten (Abs. 2) .....	10
1. Rückmeldung der FIU zur Relevanz der Meldung (S. 1) ..	10
a) Pflicht zur Rückmeldung .....	10
b) „in angemessener Zeit“ .....	11
c) Rückmeldung „zur Relevanz seiner Meldung“ .....	13
d) Kritik an der Rückmeldepraxis der FIU .....	16
2. Verwertungsbeschränkung und Löschverpflichtung (S. 2 und 3) .....	21
IV. Rückmeldungen an Aufsichts- und Finanzbehörden (Abs. 3) .....	23

## § 42 Benachrichtigung von inländischen öffentlichen Stellen an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen

I. Allgemeines .....	1
1. Normhistorie .....	1
2. Ratio legis und Hintergrund .....	6
3. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL .....	8
II. Rückmeldepflicht der StA an die FIU in Strafverfahren (Abs. 1) .....	9
1. Rückmeldepflicht (S. 1) .....	9
a) Allgemeines/Historie .....	9
b) In Strafverfahren: Mitteilung der Erhebung der öffentlichen Klage und des Ausgangs des Verfahrens einschließlich aller Einstellungsentscheidungen .....	13
2. Form der Rückmeldung (S. 2) .....	16
III. Rückmeldepflicht sonstiger inländischer öffentlicher Stellen (Abs. 2) .....	17
1. Allgemeines .....	17
2. Rückmeldepflicht (S. 1) .....	18
a) Allgemeines .....	18
b) Polizeibehörden .....	19
c) Finanzbehörden .....	20
d) Die für den Schutz der sozialen Sicherungssysteme zuständigen Behörden .....	22

	Rn.
e) Aufsichtsbehörden .....	24
f) Rechtsvorschriften, die der Benachrichtigung entgegenstehen können (2. Hs) .....	25
3. Steuergeheimnis (S. 2) .....	26

## Abschnitt 6. Pflichten im Zusammenhang mit Meldungen von Sachverhalten

### § 43 Meldepflicht von Verpflichteten, Verordnungsermächtigung

I. Vorbemerkungen .....	1
1. Hintergrund .....	1
2. Normhistorie .....	7
a) Entwicklung bis heute .....	7
b) FATF Deutschland-Evaluationsbericht 2022 .....	19
c) Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	24
3. Terminologie und Rechtsnatur von Meldungen nach § 43 .....	28
4. Weitere Anzeige- und Meldepflichten im Kontext .....	34
a) Anzeigepflichten nach § 23 Abs. 1 S. 1 WpHG und Art. 16 Abs. 1 und 2 MAR .....	34
b) Meldung an BAFA/Bundesbank gem. Art. 6b VO (EU) 833/2014 zur Verhinderung von Sanktionsumgehungen .....	38s
c) Behördliche und gerichtliche Meldepflichten .....	39
5. Zur Wirksamkeit des Meldewesens .....	45
a) Vorbemerkung .....	45
b) Kritische Anmerkungen zur FIU-Statistik .....	47
c) Strafverfolgungsstatistik .....	53
d) Gründe für die geringe Zahl an Verurteilungen wegen Geldwäsche (§ 261 StGB) .....	55
e) Auswirkungen des all-crimes-Ansatzes .....	58
f) Fazit .....	61
II. Meldepflichten (Abs. 1 S. 1) .....	67
1. Allgemeines .....	67
a) Meldepflicht in Fällen des Versuchs .....	67
b) Meldepflicht, wenn ein anderer Verpflichteter oder ein Dritter wegen desselben Sachverhalts bereits eine Meldung bzw. eine Strafanzeige nach § 158 StPO erstattet hat oder nach behördlichen Auskunftersuchen .....	69
c) Form der Meldung .....	71
d) Folgen von Meldungen .....	72
e) Entfallen der Meldepflicht .....	78
f) Strafanzeige vs. Meldung .....	80
g) Bußgeldbewehrung .....	87
2. „Liegen Tatsachen vor, die darauf hindeuten, dass“ .....	88
a) Tatsachen .....	88
b) Der Verdachtsgrad .....	91
c) Verdachtsschöpfung .....	108
d) Risikobasierter Ansatz im Kontext der Meldepflicht ..	114
e) Risikoschwerpunkte der FIU .....	115

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
3. Die einzelnen Meldepflichten (Abs. 1 S. 1) .....	116
a) Verdacht auf Geldwäsche oder eine ihrer Vortaten (Abs. 1 S. 1 Nr. 1) .....	116
b) Verdacht auf Terrorismusfinanzierung (Abs. 1 S. 1 Nr. 2) .....	126
c) Verstoß gegen Offenlegungspflicht (Abs. 1 S. 1 Nr. 3)	136
4. Umfang und Inhalt der Meldepflicht („diesen Sachver- halt“) .....	143
5. Unabhängigkeit vom Wert des betroffenen Vermögensge- genstandes oder der Transaktionshöhe .....	145
6. Unverzüglichkeit der Meldung .....	148
a) Allgemeines .....	148
b) Beschluss des OLG Frankfurt am Main vom 10.4.2018, 2 Ss-Owi 1059/17 .....	151
c) Zulässige Dauer von Prüfungen und Nachforschun- gen .....	152
7. Die FIU als Adressatin der Meldung .....	157
8. Mitteilungspflicht zusätzlich erstatteter Strafanzeige (Abs. 1 S. 2) .....	162
III. Sonderregelungen bei Rechtsberatung oder Prozessvertretung (Abs. 2) .....	167
1. Vorbemerkungen .....	167
a) Entwicklungsgeschichte und Ausblick auf die EU- Geldwäsche-VO .....	167
b) Hintergrund .....	170
c) Meldeverhalten der Verpflichteten nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 und 12 in der Praxis .....	174
2. Befreiung von der Meldepflicht bei Rechtsberatung oder Prozessvertretung (Abs. 2 S. 1) .....	178
a) Allgemeines .....	178
b) Privilegierter Personenkreis .....	179
c) Rechtsberatung und Prozessvertretung .....	181
3. Rückausnahme 1: Missbrauch der Rechtsberatung oder Pro- zessvertretung für Zwecke der Geldwäsche, der Terrorismus- finanzierung oder einer anderen Straftat (Abs. 2 S. 2 Alt. 1) .....	185
a) Missbrauch der Rechtsberatung oder Prozessvertretung für Zwecke der Geldwäsche, der Terrorismusfinanzie- rung oder einer anderen Straftat .....	185
b) Wissen hinsichtlich des Missbrauchs der Rechtsbera- tung oder Prozessvertretung .....	188
c) Folgen .....	191
4. Rückausnahme 2: Fall des Abs. 6 – meldepflichtige Sachver- halte nach der GwGMeldV-Immobilien (Abs. 2 S. 2 Alt. 2) .....	193
IV. Meldepflicht für internationale Verpflichtete (Abs. 3) .....	194
V. Verhältnis der Meldung zur Selbstanzeige nach § 261 Abs. 8 StGB (Abs. 4) .....	195

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
1. Allgemeines .....	195
2. Meldung als strafbefreiende Selbstanzeige iSv § 261 Abs. 8 StGB (S. 1) .....	201
3. Meldepflicht schließt Freiwilligkeit nach § 261 Abs. 8 StGB nicht aus (S. 2) .....	204
VI. Bestimmung typisierter Transaktionen durch die FIU (Abs. 5) ...	205
1. Bestimmung typisierter Transaktionen, die stets zu melden sind (S. 1) .....	205
2. Bestimmung typisierter Transaktionen, die nicht zu melden sind (S. 2) .....	208
VII. Verordnungsermächtigung (Abs. 6) .....	212

## § 44 Meldepflicht von Aufsichtsbehörden

I. Allgemeines .....	1
II. Meldepflicht der Aufsichtsbehörden (Abs. 1) .....	4
1. Meldepflicht (S. 1) .....	4
2. Sonderregelung für Verpflichtete nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 und 12, die gem. § 43 Abs. 2 von einer Meldung abgesehen haben (S. 2) .....	11
a) Normhistorie .....	11
b) Regelungsgehalt .....	16
III. Meldepflicht der für die Überwachung der Aktien-, Devisen- und Finanzderivatemärkte zuständigen Behörden (Abs. 2) .....	18

## § 45 Form der Meldung, Registrierungspflicht, Ausführung durch Dritte, Verordnungsermächtigung

I. Allgemeines .....	1
1. Entstehungsgeschichte .....	1
2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-Verordnung sowie die RL (EU) 2024/1654 .....	4
3. Bußgeldbewehrung .....	8
II. Pflicht zur elektronischen Meldung (Abs. 1 S. 1) .....	9
1. goAML .....	9
2. Einsatz automatisierter Verfahren .....	13
3. Zurückweisung von Meldungen .....	14
III. Registrierungspflicht (Abs. 1 S. 2) .....	15
IV. Ausnahmen im Störungsfall (Abs. 1 S. 3) .....	22
V. Geltung auch für Meldungen nach § 44 (Abs. 1 S. 4) .....	27
VI. Ausnahmegenehmigung der FIU bei unbilliger Härte (Abs. 2) ..	29
1. Ausnahmsweise Genehmigung der Übermittlung auf dem Postweg (S. 1) .....	29
2. Weitere Ausnahmemöglichkeiten .....	30
3. Möglichkeit der Befristung der Ausnahme .....	34
VII. Pflicht zur Verwendung des amtlichen Vordrucks bei Übermittlung auf dem Postweg (Abs. 3) .....	35
VIII. Möglichkeit der Ausführung durch Dritte (Abs. 4) .....	36
IX. Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen (Abs. 5) .....	38
1. Allgemeines und Regelungsgehalt (S. 1) .....	38

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
2. GwGMeldV .....	42
3. Keine Möglichkeit der Abweichung durch Landesrecht .....	43
<b>§ 46 Durchführung von Transaktionen</b>	
I. Allgemeines .....	1
1. Normhistorie und ratio legis .....	1
2. Fristfallmeldungen in der Praxis .....	5
3. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO und die Instant-Payment-VO .....	9
II. „Fristfallregelung“ (Abs. 1) .....	12
1. Anhaltepflicht (S. 1) .....	12
a) Eine Transaktion, wegen der eine Meldung nach § 43 Abs. 1 erfolgt ist .....	12
b) Durchführung der Transaktion bei Zustimmung der FIU oder der StA (Abs. 1 S. 1 Nr. 1) .....	23
c) Durchführung der Transaktion nach Fristablauf (Abs. 1 S. 1 Nr. 2) .....	27
d) Haftung .....	39
2. Samstag gilt nicht als Werktag/Feiertagsregelungen (S. 2) ..	41
3. Bestimmung von Kriterien für eine Analyse innerhalb der Frist nach S. 1 Nr. 2 (S. 3–5) .....	42
a) Vorbemerkungen .....	42
b) Regelungsgehalt .....	48
III. „Eilfallregelung“ (Abs. 2) .....	51
<b>§ 47 Verbot der Informationsweitergabe, Verordnungsermächtigung</b>	
I. Allgemeines .....	1
1. Normhistorie, ratio legis und Hintergrund .....	1
2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	6
II. Verbot der Informationsweitergabe/„Tipping-Off“-Verbot (Abs. 1) .....	7
1. Normadressaten .....	7
2. Reichweite des Tipping-Off-Verbots .....	8
a) Grundsätzliches .....	8
b) Information über beabsichtigte oder erstattete Meldung (Nr. 1) .....	13
c) Information über Ermittlungsverfahren (Nr. 2) .....	14
d) Information über Auskunftsverlangen der FIU (Nr. 3) .....	15
e) Information über Sofortmaßnahmen der FIU .....	16
f) Dauer des Tipping-Off-Verbots .....	17
III. Ausnahmen vom Verbot der Informationsweitergabe (Abs. 2) ....	18
1. Vorbemerkungen .....	18
2. Gesetzliche Ausnahmetatbestände (S. 1) .....	20
a) Übermittlung an staatliche Stellen (Nr. 1) .....	20
b) Übermittlung zwischen Verpflichteten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1–3 und 6–8, die derselben Unternehmensgruppe angehören (Nr. 2) .....	22

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
c) Übermittlung zwischen Verpflichteten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1–3 und 6–8 und ihren nachgeordneten Gruppenunternehmen in Drittstaaten (Nr. 3) .....	24
d) Übermittlung zwischen Verpflichteten nach § 2 Abs. 1 Nr. 10–12 in bestimmten Fällen (Nr. 4) .....	26
e) Übermittlung zwischen Verpflichteten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1–3, 6, 7, 9, 10 und 12 in Fällen, die sich auf denselben Vertragspartner und dieselbe Transaktion beziehen (Nr. 5) .....	29
3. Weitere Ausnahmen .....	33
4. Verwendungsvorbehalt (S. 2) .....	36
IV. Verschwiegenheitsverpflichtung für andere staatliche Stellen (Abs. 3) .....	37
1. Weitergabeverbot für andere staatliche Stellen (S. 1) .....	37
2. Ausnahme vom Weitergabeverbot bei Einverständnis der FIU (S. 2) .....	40
V. Sonderregelung für Verpflichtete nach § 2 Abs. 1 Nr. 10–12 (Abs. 4) .....	42
VI. Sonderregelung für Verpflichtete nach § 2 Abs. 1 Nr. 1–9 (Abs. 5) .....	45
VII. Rechtsverordnungsermächtigung (Abs. 6) .....	49

## § 48 Freistellung von der Verantwortlichkeit

I. Allgemeines .....	1
1. Hintergrund, Normhistorie und ratio legis .....	1
2. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	7
II. Freistellung von der Verantwortlichkeit für den Meldenden bzw. Anzeigenden (Abs. 1) .....	8
1. Allgemeines .....	8
2. Meldung nach § 43 oder Strafanzeige nach § 158 StPO .....	11
3. Umfang der Haftungsfreistellung .....	15
4. Besonderheiten iZm Verpflichteter nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 und 12 .....	19
5. Grenzen der Haftungsfreistellung .....	21
III. Geltung für unternehmensinterne Meldungen und Auskunftsverlangen der FIU (Abs. 2) .....	24
1. Haftungsfreistellung für unternehmensinterne Meldungen (Nr. 1) .....	24
2. Haftungsfreistellung bei Beantwortung von Auskunftsverlangen der FIU (Nr. 2) .....	26

## § 49 Informationszugang und Schutz der meldenden Beschäftigten

I. Allgemeines .....	1
1. Hintergrund und Normhistorie .....	1
2. Allgemeine Anmerkungen und Kritik .....	4
a) Keine Anwendung des IFG .....	4
b) Abgrenzung zu Hinweisgeberregelungen (Whistleblowing) .....	5

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
c) Kritik .....	6
d) Beauftragung des BfDI zur Ausübung des Auskunftsrechts .....	13
3. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO und die 6. EU-Geldwäscherl .....	14
II. Auskunft an den Betroffenen bei noch laufender operativer Analyse (Abs. 1) .....	15
1. Voraussetzungen (S. 1) .....	15
2. Unkenntlichmachung personenbezogener Daten der meldenden Einzelperson (S. 2) .....	18
III. Auskunft an den Betroffenen nach abgeschlossener operativer Analyse, wenn von einer Weiterleitung an Strafverfolgungsbehörden abgesehen wurde (Abs. 2) .....	21
1. Voraussetzungen (S. 1) .....	21
2. Auskunftsverweigerung (S. 2) .....	25
3. Unkenntlichmachung personenbezogener Daten der meldenden Einzelperson (S. 3 und 4) .....	26
IV. Auskunft an den Betroffenen nach abgeschlossener operativer Analyse, wenn der Sachverhalt an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet wurde (Abs. 3) .....	27
V. Schutz von Personen, die in einem Beschäftigungsverhältnis zum Verpflichteten stehen (Abs. 4) .....	30
VI. Recht der Beschwerde (Abs. 5) .....	33

## **Abschnitt 7. Aufsicht, Zusammenarbeit, Bußgeldvorschriften, Datenschutz**

### **§ 50 Zuständige Aufsichtsbehörde**

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäscherl .....	2
III. Die zuständigen Behörden .....	3

### **§ 51 Aufsicht**

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäscherl .....	2
III. Ausübung der Aufsicht (Abs. 1, 2a) .....	3
IV. Maßnahmen und Anordnungen (Abs. 2) .....	4
V. Durchführung von Prüfungen (Abs. 3) .....	5
VI. Kostenerhebung (Abs. 4) .....	7
VII. Untersagung der Geschäfts- oder Berufsausübung (Abs. 5) .....	8
VIII. Abhilfenzuständigkeit in Eilfällen (Abs. 5a) .....	9
IX. Spezielle Zuständigkeit für Verpflichtete nach § 2 Abs. 1 Nr. 13 (Abs. 5b) .....	10
X. Sonderzuständigkeit (Abs. 6) .....	11
XI. Zusätzliche Auskunftsmöglichkeiten im Kontext des Glücksspiels (Abs. 7) .....	12
XII. Auslegungs- und Anwendungshinweise (Abs. 8) .....	13
XIII. Dokumentationspflichten der Aufsichtsbehörden (Abs. 9) .....	14
XIV. Unterrichtungspflichten (Abs. 10) .....	17

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
XV. Bußgeldvorschriften .....	18
<b>§ 51a Verarbeitung personenbezogener Daten durch Aufsichtsbehörden</b>	
I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL .....	1a
III. Verarbeitung personenbezogener Daten .....	2
<b>§ 52 Mitwirkungspflichten</b>	
I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL .....	2
III. Auskünfte und Prüfungen durch die zuständigen Behörden (Abs. 1–3, 6) .....	3
IV. Auskunftsverweigerungsrechte (Abs. 4, 5) .....	5
V. Bußgeldvorschriften .....	7
<b>§ 53 Hinweise auf Verstöße</b>	
I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	4
III. System zur Annahme von Hinweisen potenzieller oder tatsächlicher Verstöße (Abs. 1 und Abs. 2) .....	5
IV. Umgang mit personenbezogenen Daten des Betroffenen und des Hinweisgebers (Abs. 2–4) .....	11
V. Benachteiligungsschutz für den Hinweisgeber (Abs. 5) .....	15
VI. Beschwerdeverfahren für den Hinweisgeber (Abs. 5a) .....	17
VII. Ausschluss der Einschränkung von Rechten der Hinweisgeber (Abs. 6) .....	18
VIII. Keine Beschränkung von Verfahrensrechten Betroffener (Abs. 7) .....	19
IX. Vorrang § 4d FinDAG (Abs. 8) .....	20
<b>§ 54 Verschwiegenheitspflicht</b>	
I. Allgemeines .....	1
II. Verschwiegenheitspflicht (Abs. 1 und Abs. 2) .....	3
III. Befugnis zum Offenbaren oder für eine Verwertung von dienstlich erlangten Tatsachen (§ 54 Abs. 3) .....	7
IV. Weitergabe von Tatsachen (§ 54 Abs. 4) .....	14
<b>§ 55 Zusammenarbeit mit anderen Behörden</b>	
I. Allgemeines .....	1
1. Hintergrund und Normgeschichte .....	1
2. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL, die AMLA-VO und die „Better-data-sharing“-VO .....	7
II. Grundsatz der umfassenden Zusammenarbeit (Abs. 1) .....	10
1. Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden untereinander (S. 1) .....	10
2. Pflicht zum Informationsaustausch (S. 2) .....	11
3. Datenübermittlung an die zuständige Verwaltungsbehörde (S. 3) .....	13

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
4. Mitteilung an Strafverfolgungsbehörden (S. 4) .....	16
III. Übermittlung der Daten aus der Gewerbeanzeige an die zuständigen Aufsichtsbehörden (Abs. 2) .....	18
IV. Übermittlung der Daten aus der FinVermV und der VersVermV an die zuständigen Aufsichtsbehörden (Abs. 3) .....	21
V. Mitteilungsverlangen Koordinierender Stellen der Länder an Finanzbehörden (Abs. 3b) .....	25
VI. Weitergehende Befugnisse der Aufsichtsbehörden zur Datenverarbeitung (Abs. 4) .....	27
VII. Koordination von Maßnahmen in grenzüberschreitenden Fällen (Abs. 5) .....	28
VIII. Datenübermittlung an die EBA (Abs. 6) .....	29
1. Allgemeines .....	29
2. Mitteilungspflicht auf Verlangen der EBA (S. 1) .....	31
3. Zurverfügungstellung der Daten nach Maßgabe Art. 35 der VO (EU) 1093/2010 (S. 2) .....	35
IX. Unterrichtung der EBA in Sonderfällen (Abs. 6a) .....	37
X. BaFin als Kontaktstelle für die EBA (Abs. 6b) .....	38
XI. Beschränkungen des Informationsaustauschs mit Aufsichtsbehörden anderer EU-Mitgliedstaaten (Abs. 7) .....	39
XII. Kooperationsvereinbarungen mit Aufsichtsbehörden von Drittstaaten (Abs. 8) .....	44
 <b>§ 56 Bußgeldvorschriften, Verordnungsermächtigung</b>	
I. Allgemeines .....	1
1. Normhistorie .....	1
2. Grundzüge des Ordnungswidrigkeitenrechts .....	2
a) Rechtsnatur von Ordnungswidrigkeiten und Unterschiede zum Strafrecht .....	2
b) Normadressaten von § 56 .....	5
c) Objektiver Tatbestand .....	7
d) Subjektiver Tatbestand .....	8
e) Vorwerfbarkeit .....	11
f) Verjährung .....	12
g) Im Ausland begangene Verstöße durch im Inland Verpflichtete .....	13b
3. Ordnungswidrigkeitenverfahren nach dem GwG in der Praxis .....	14
4. Strafbarkeit bei Verstößen gegen GwG-Pflichten .....	17
5. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO und die 6. EU-Geldwäsche-RL .....	18a
II. Ordnungswidrigkeitenkatalog für vorsätzliche oder leichtfertige Pflichtenverstöße (Abs. 1) .....	19
1. Vorbemerkungen .....	19
2. Die Bußgeldtatbestände (Nr. 1–73) .....	20
3. Bußgeldrahmen bei Ordnungswidrigkeiten nach Abs. 1 (S. 2) .....	95a

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
III. Ordnungswidrigkeitenkatalog für vorsätzliche oder fahrlässige Pflichtenverstöße (Abs. 2) .....	96
1. Vorbemerkungen .....	96
2. Die Bußgeldtatbestände (Nr. 1–8) .....	98
3. Bußgeldrahmen bei Ordnungswidrigkeiten nach Abs. 2 (S. 2) .....	105
IV. Bußgeldrahmen bei vorsätzlich oder leichtfertig begangenen schwerwiegenden, wiederholten oder systematischen Verstößen (Abs. 3) .....	106
1. Vorbemerkungen .....	106
2. Bußgeldrahmen für Verpflichtete aus dem Nicht-Finanzsektor (S. 1 und 2) .....	107
3. Bußgeldrahmen für Verpflichtete aus dem Finanzsektor (S. 3–5) .....	111
V. Bemessung der Geldbuße .....	114
VI. Gesamtumsatz (Abs. 4) .....	120
VII. Zuständige Verwaltungsbehörden (Abs. 5) .....	123
VIII. Besonderheiten in Fällen der Zuständigkeit des Finanzamts als Verwaltungsbehörde (Abs. 5a) .....	125a
IX. Datenübermittlung der Verwaltungsbehörde an die Aufsichtsbe- hörde (Abs. 6) .....	126
X. Überprüfung im Hinblick auf einschlägige Verurteilung (Abs. 7) .....	129
XI. Information der EBA (Abs. 8) .....	130

## § 57 Bekanntmachung von bestandskräftigen Maßnahmen und von unanfechtbaren Bußgeldentscheidungen

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die AML-RL .....	6
III. Öffentliche Bekanntmachung (Abs. 1) .....	7
1. Zweck der Bekanntmachung und Bedenken .....	7
2. Zuständige Behörde und Gegenstand der Bekanntma- chung .....	11
3. Vorherige Unterrichtung .....	14
4. Inhalt der Bekanntmachung .....	15
IV. Aufschiebung der Bekanntmachung, Anonymisierung, Ausnah- men (§ 57 Abs. 2 und Abs. 3) .....	18
V. Löschung der Daten (§ 57 Abs. 4) und Rechtsschutz .....	23

## § 58 (aufgehoben)

## § 59 Übergangsregelung

S.

### Anlage 1

Faktoren für ein potenziell geringeres Risiko .....	1298
---	------

### Anlage 2

Faktoren für ein potenziell höheres Risiko .....	1299
--	------

## Kapitel 2

### Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG)

#### § 6a Besondere Aufgaben

I. Allgemeines .....	1
II. Voraussetzungen der Anordnungsbefugnis .....	3
III. Rechtsmittel .....	7
IV. Abgrenzung zum AWG und GwG .....	8
V. Exkurs: Finanzsanktionen .....	9

#### § 24c Automatisierter Abruf von Kontoinformationen

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die 6. EU-Geldwäsche-RL .....	2a
III. Verpflichtete zur Vorhaltung der Konto-Abrufdatei .....	3
IV. Inhalt der Konto-Abrufdatei .....	5
V. Abrufberechtigte .....	18
VI. Datenschutzaspekte .....	26
VII. Kostentragung .....	28
VIII. Rechtsverordnungsermächtigung .....	29
IX. Sanktionen .....	30

#### § 25g Einhaltung der besonderen organisatorischen Pflichten im bargeldlosen Zahlungsverkehr

I. Allgemeines .....	1
II. Geldtransferverordnung (Abs. 1 Nr. 1) .....	4
1. Gegenstand, Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen (Art. 1–3) .....	5
2. Die Pflichten des Zahlungsdienstleisters des Zahlers (Art. 4–6) sowie des Anbieters von Kryptodienstleistungen des Originators (Art. 14–15) .....	8
3. Die Pflichten des Zahlungsdienstleisters des Zahlungsempfängers (Art. 7–9) sowie des Anbieters von Krypto-Dienstleistungen des Begünstigten (Art. 16–18) .....	11
4. Pflichten des zwischengeschalteten Zahlungsdienstleister 68(Art. 10–13) sowie des zwischengeschalteten Anbieters von Krypto-Dienstleistungen (Art. 19–22) .....	15
5. Informationen, Datenschutz und Aufbewahrung von Aufzeichnungen (Art. 21–27) .....	16
6. Sanktionen, Überwachung und Ausnahmeregelungen (Art. 28 ff.) .....	19
III. Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen (Abs. 1 Nr. 2) .....	22
IV. Verordnung zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in EUR (Abs. 1 Nr. 3) .....	23
V. Verordnung über Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge (Abs. 1 Nr. 4) .....	24
VI. Einrichtung von Verfahren und Kontrollsystemen (Abs. 2) .....	25

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
VII. Anordnungsbefugnis der BaFin (Abs. 3) .....	26

## § 25h Interne Sicherungsmaßnahmen

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	5a
III. Anforderungen an ein angemessenes Risikomanagement und Sicherungsmaßnahmen (Abs. 1) .....	6
IV. Datenverarbeitungssysteme (Abs. 2) .....	11
V. Untersuchung, Dokumentation, Informationsaustausch (Abs. 3) ..	19
VI. Auslagerung interner Sicherungsmaßnahmen (Abs. 4) .....	23
VII. Anordnungsbefugnis der BaFin (Abs. 5) .....	25
VIII. Einrichtung einer zentralen Stelle (Abs. 7) .....	26

## § 25i Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf E-Geld

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	3a
III. Adressaten der Regelung .....	4
IV. Sorgfaltspflichten bei der Ausgabe von E-Geld (Abs. 1) .....	5
V. Absehen von Sorgfaltspflichten (Abs. 2) .....	6
VI. Verpflichtung zur Führung von E-Geld-Inhaber-Dateisystem (Abs. 3) .....	7
VII. Zahlungen mit in Drittstaaten ausgestellten anonymen Guthaben- karten (Abs. 3a) .....	8
VIII. Anordnungscompetenz der BaFin (Abs. 4) .....	9

## § 25j Zeitpunkt der Identitätsüberprüfung

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO .....	1a
III. Vereinfachung der Identifizierung .....	2

## § 25k Verstärkte Sorgfaltspflichten

I. Allgemeines .....	1
II. Sortengeschäft (Abs. 1) .....	3
III. Sorgfaltspflichten für Institute, die Factoring betreiben (Abs. 2) ..	6

## § 25l Geldwäscherechtliche Pflichten für Finanzholding-Gesellschaften

I. Allgemeines .....	1
II. Pflichten für Finanzholdinggesellschaften .....	2

## § 25m Verbotene Geschäfte

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	1a
III. Verbot von Geschäftsbeziehungen mit Bank-Mantelgesellschaften (Nr. 1) .....	2
IV. Verbot von Durchlaufkonten (Nr. 2) .....	3

## Kapitel 3

### Geldwäscherechtliche Pflichten im Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz (ZAG)

I. Allgemeines .....	1
II. Geldwäscherechtlich bedeutsame Regelungen im ZAG .....	4
1. Erlaubniserteilung .....	5
2. Versagung der Erlaubnis .....	6
3. Anteilseignerkontrolle .....	7
4. Abberufung des Geschäftsleiters .....	8
5. Prüfung durch Abschlussprüfer .....	9
6. Geldwäscherechtliche Pflichten für Agenten .....	10
7. Besondere organisatorische Pflichten sowie Sicherungsmaßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung ..	12
8. Zweigniederlassungen aus dem EWR .....	16
9. Zugang zu Zahlungskontodiensten .....	18
10. Bußgeldvorschriften .....	19

### Geldwäscherechtliche Pflichten im Wertpapierinstitutsgesetz (WpIG)

I. Allgemeines .....	20
II. Geldwäscherechtlich bedeutsame Regelungen im WpIG .....	24
1. Gesetzlicher Aufsichtsrahmen für Große Wertpapierinstitute (§ 4 WpIG) .....	24
2. Erlöschen und Aufhebung der Erlaubnis (§ 19 Abs. 2 Nr. 4 WpIG) .....	26
3. Maßnahmen gegen Geschäftsleiter, Mitglieder von Verwaltungs- und Aufsichtsorganen und sonstige Mitarbeiter eines Wertpapierinstituts .....	27
a) Maßnahmen gegen Geschäftsleiter und Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans (§ 22 WpIG) .....	28
b) Tätigkeitsverbote für natürliche Personen, die nicht Geschäftsleiter sind (§ 23 WpIG) .....	29
4. Beurteilungskriterien und Untersagung bei bedeutender Beteiligung (§ 26 WpIG) .....	30
5. Verpflichtungen von Wertpapierinstituten bei der Bestellung vertraglich gebundener Vermittler (§ 28 WpIG) .....	31
6. Vorkehrungen zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (§§ 33 ff. WpIG) .....	32
a) Interne Sicherungsmaßnahmen (§ 33 WpIG) .....	33
b) Zeitpunkt der Identitätsüberprüfung (§ 34 WpIG) .....	34
c) Verstärkte Sorgfaltspflichten (§ 35 WpIG) .....	35
d) Geldwäscherechtliche Pflichten für Investmentholdinggesellschaften (§ 36 WpIG) .....	36
e) Verbotene Geschäfte (§ 37 WpIG) .....	37
7. Errichten einer Zweigniederlassung durch Wertpapierinstitute mit Sitz in einem anderen Vertragsstaat (§ 73 WpIG) ..	38
8. Besondere Pflichten des Prüfers (§ 78 WpIG) .....	39
9. Bußgeldvorschriften und Bekanntmachungen .....	40

**Kapitel 4**

**Strafgesetzbuch (StGB)**

**§ 89c Terrorismusfinanzierung**

I. Zweck und Normgenese .....	1
II. Statistik .....	8a
III. Rechtsgut und Deliktsnatur .....	9
IV. Verfassungsrechtliche und strafrechtstheoretische Bedenken .....	11
V. Tatbestände, Abs. 1 und 2 .....	15
1. Objektiver Tatbestand, Abs. 1 und 2 .....	17
a) Vermögenswerte .....	18
b) Sammeln .....	20
c) Entgegennehmen .....	23
d) Zur Verfügung stellen .....	24
e) Entgeltliche Rechtsgeschäfte, Alltagsgeschäfte .....	26
2. Subjektiver Tatbestand, Abs. 1 und Abs. 2 .....	28
a) Vorsatz bezüglich der eigenen Tathandlung .....	29
b) Dolus directus hinsichtlich einer Katalogtat nach Abs. 1 Nr. 1–8 .....	30
c) Vorsatz bezüglich der Verwendung zur Begehung einer Katalogtat .....	34
d) Terrorismusbezug der vorgestellten Katalogtat, Abs. 1 S. 2 .....	38
VI. Geltung für Auslandstaten, Abs. 3 .....	44
1. Allgemeines .....	44
2. Europäisches Territorialitätsprinzip, Abs. 3 S. 1 .....	46
3. Einschränkung für Taten außerhalb der EU, Abs. 3 S. 2 .....	47
VII. Verfolgungsermächtigung, Abs. 4 .....	49
VIII. Rechtsfolgen .....	52
1. Regelstrafrahmen, Milderung und Absehen von Strafe nach Abs. 5 .....	52
2. Minder schwerer Fall, Abs. 5 .....	53
3. Tätige Reue .....	55
IX. Konkurrenz .....	58

**§ 261 Geldwäsche**

I. Entstehungsgeschichte .....	1
II. Kriminalpolitische Bedeutung .....	8
1. Kriminalpolitische Ziele .....	8
2. Kriminalpolitische (Miss-)Erfolge bis 2021 .....	10
3. Scheitern des kriminalpolitischen Programms .....	11
III. Reform 2021 – Wechsel zum all-crimes-Ansatz .....	13
1. Gesetz zur Verbesserung der strafrechtlichen Bekämpfung der Geldwäsche .....	13
2. Kritik und Folgen der Reform .....	21
3. Polizeiliche Verfahren und Verurteilungen nach der Reform 2021 .....	25a
IV. Rechtsnatur und Struktur des § 261 – Überblick über die Rege- lung .....	26

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
1. Allgemeines .....	26
2. Rechtsgut .....	35
a) Staatliche Rechtspflege und Ermittlungsinteresse der Strafverfolgungsbehörden .....	38
b) Rechtsgüter der Vortaten .....	39
c) Legaler Wirtschafts- und Finanzkreislauf und Volkswirt- schaft .....	40
d) Innere Sicherheit .....	41
e) Pluralistische Rechtsgutsbestimmungen .....	42
f) Rechtsprechung, Auslegung und Ergebnis .....	43
V. Die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 261 im Einzelnen ...	48
1. Gegenstand .....	48
2. Vortaten .....	51
a) Anforderungen an die Vortat und Nachweis der Vor- tat .....	52
b) Auslandstaten, Abs. 9 .....	59
c) Dekontamination durch Zeitablauf .....	64
3. „Herrühren“ aus der Vortat .....	66
a) Problematik des Begriffs des Herrührens .....	66
b) Auslegung des Begriffs des Herrührens nach der Rechtsprechung .....	71
c) Unmittelbar aus der Tat herrührende Gegenstände ...	75a
d) Tatmittel .....	80
e) Tatobjekte iSd § 74 Abs. 2 (Beziehungsgegenstände) ..	81
f) Mittelbar auf die Tat zurückzuführende Gegenstände ..	82
g) Auswirkungen der Vermischung sauberer und schmut- ziger Vermögenswerte – Lehre von der Totalkontami- nation .....	92
4. Zeitliches Verhältnis von Vortat und Geldwäschehandlung	97a
5. Tathandlungen .....	98
a) Verbergungstatbestand, Abs. 1 S. 1 Nr. 1 .....	101
b) Vereitelungstatbestand, Abs. 1 S. 1 Nr. 2 .....	106
c) Isolierungstatbestand, Abs. 1 S. 1 Nr. 3 und Nr. 4 .....	111
d) (modifizierter) Verschleierungstatbestand, Abs. 2 .....	122
e) Geldwäsche durch Unterlassen .....	129
6. Tatbestandseinschränkungen .....	134
a) Tatbestandsausschluss bei straflosem Vorerwerb, Abs. 1 S. 2 .....	134
b) Strafrechtidgerprivileg, Abs. 1 S. 3 .....	142
c) Kontrollierte Transaktionen .....	159
d) Alltagsgeschäfte .....	160
7. Subjektiver Tatbestand .....	161
a) Vorsatz gem. Abs. 1 und Abs. 2 .....	162
b) Leichtfertigkeit, Abs. 6 .....	164
c) Auswirkungen auf gefährdete Berufsgruppen .....	167
8. Qualifikation für Verpflichtete nach §§ 2 GwG, Abs. 4 .....	176
9. Versuch, Abs. 3 .....	181
VI. Rechtsfolgen .....	182

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
1. Strafrahen und Strafzumessung .....	182
2. Einziehung, Abs. 10 .....	184
a) Einziehung des Geldwäschegegenstandes als Tatobjekt, Abs. 10 S. 1 und S. 2 .....	184
b) Vorrang der Tatertrageeinziehung (§§ 73 ff. StGB) gegenüber der Tatobjekteinziehung, Abs. 10 S. 3 .....	189
VII. Strafausschließungsgrund bei Vortatbeteiligung, Abs. 7 .....	194
1. Grundgedanke und Entwicklung .....	194
2. Ausnahme vom Grundsatz der Straffreiheit der Selbstgeldwäs- sche .....	197
3. Alleinige Strafbarkeit der Vortat im Ausland .....	201
4. Erwiesensein der Vortat .....	202
VIII. Selbstanzeige, Abs. 8 .....	203
IX. Konkurrenzen .....	209
X. § 262, Führungsaufsicht .....	212

## Kapitel 5

### Verordnung zu den nach dem Geldwäschegesetz meldepflichtigen Sachverhalten im Immobilienbereich (Geldwäschegesetzmeldepflichtverordnung-Immobilien – GwGMeldV- Immobilien)

#### Einleitung

I. Hintergrund .....	1
II. Allgemeine Anmerkungen zur GwGMeldV-Immobilien .....	4
III. Die GwGMeldV-Immobilien in der Praxis .....	7
1. Entwicklung der Fallzahlen .....	7
2. Evaluation und praktische Erfahrungen .....	10
IV. Entwicklung der GwGMeldV-Immobilien und Ausblick .....	15

#### Eingangsformel

##### § 1 Regelungsbereich

I. Vorbemerkungen .....	1
II. Meldepflicht (S. 1) .....	2
1. Normadressaten: Verpflichtete nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 und 12 GwG .....	2
2. Meldepflicht nach § 43 Abs. 1 GwG und Folgen .....	8
3. Erwerbsvorgänge nach § 1 GrEStG .....	12
4. Geltung für andere Verpflichtete und außerhalb des Immo- biliensektors .....	15
III. Keine Ermittlungspflicht (S. 2) .....	18

##### § 2 Begriffsbestimmungen

I. Vorbemerkung .....	1
II. Begriffsdefinitionen .....	2

##### § 3 Meldepflichten wegen eines Bezugs zu Risikostaaen oder Sanktionslisten

I. Vorbemerkungen .....	1
-------------------------	---

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
II. Meldepflicht bei Bezug des Beteiligten oder wirtschaftlich Berechtigten zu einem Risikostaat (Abs. 1) .....	3
III. Meldepflicht bei Bezug eines Geschäftsgegenstands oder Bankkontos zu einem Risikostaat (Abs. 2) .....	10
IV. Meldepflicht bei Nennung eines Beteiligten oder wirtschaftlich Berechtigten in einer Sanktionsliste (Abs. 3) .....	13
V. Informationspflicht für die FIU (Abs. 4) .....	14
<b>§ 4 Meldepflichten wegen Auffälligkeiten im Zusammenhang mit den beteiligten Personen oder dem wirtschaftlich Berechtigten</b>	
I. Vorbemerkungen .....	1
II. Meldepflicht bei Verstoß gegen Pflichten nach § 11 Abs. 6 GwG (Abs. 1) .....	2
III. Meldepflicht bei unrichtigen oder unvollständigen Identitätsangaben (Abs. 2) .....	7
IV. Meldepflicht bei Treuhandverhältnissen (Abs. 3) .....	9
V. Meldepflicht bei laufendem Ermittlungsverfahren, Strafverfahren oder Verurteilung wegen Geldwäsche oder einer Geldwäschevorat (Abs. 4) .....	11
1. Voraussetzungen der Meldepflicht (Abs. 4 S. 1) .....	11
2. Ausnahmen von der Meldepflicht (Abs. 4 S. 2) .....	18
VI. Meldepflicht bei grobem Missverhältnis vom Erwerbsvorgang zu legalem Einkommen und Vermögen (Abs. 5) .....	20
VII. Meldepflicht bei Vermittlung der wirtschaftlichen Berechtigung über einen Drittstaat (Abs. 6) .....	22
VIII. Meldepflicht bei grenzüberschreitender Steuergestaltung (Abs. 7) .....	24
<b>§ 5 Meldepflichten wegen Auffälligkeiten im Zusammenhang mit Stellvertretung</b>	
I. Vorbemerkungen .....	1
II. Meldepflicht bei Nichtvorlage einer schriftlichen Vollmacht nach Aufforderung (Nr. 1) .....	2
III. Meldepflicht bei unechter oder verfälschter Vollmachtsurkunde (Nr. 2) .....	3
IV. Meldepflicht bei unklarem Grundverhältnis (Nr. 3) .....	4
V. Meldepflicht bei Vollmachten durch konsularische Vertretung aus Drittstaat mit erhöhtem Risiko (Nr. 4) .....	6
<b>§ 6 Meldepflichten wegen Auffälligkeiten im Zusammenhang mit dem Preis oder einer Kauf- oder Zahlungsmodalität</b>	
I. Vorbemerkungen .....	1
II. Meldepflicht bei auffälligen Zahlungsmodalitäten (Abs. 1) .....	2
1. Gegenleistung über 10.000 Euro durch Bargeld, Gold, Platin oder Edelmetalle (Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a) .....	2
2. Gegenleistung über 10.000 Euro mittels anderer Barmittel (Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b) .....	3

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
3. Gegenleistung über 10.000 Euro mittels Kryptowerten (Abs. 1 Nr. 1 Buchst. c) .....	5
4. Zahlung über Bankkonto in Drittstaat (Abs. 1 Nr. 1 Buchst. d) .....	7
5. Auffällige, mehr als 25-prozentige Abweichungen beim Verkehrswert (Abs. 1 Nr. 2) .....	10
6. Zahlungen vor Vertragsabschluss (Abs. 1 Nr. 3) .....	12
7. Gegenleistung von Dritten oder an Dritte (Abs. 1 Nr. 4) ..	13
8. Fälligkeit der Gegenleistung über ein Jahr nach Stellung des Eintragungsantrags (Abs. 1 Nr. 5) .....	15
III. Meldepflicht bei Weiter- oder Rückveräußerung innerhalb von zwei Jahren (Abs. 2) .....	16
IV. Meldepflicht bei Zahlung über Anderkonto ohne berechtigtes Sicherungsinteresse (Abs. 3) .....	20
V. Meldepflicht bei Verstoß gegen Nachweispflicht nach § 16a Abs. 2 S. 1 GwG trotz Aufforderung (Abs. 4) .....	21

## § 7 Ausnahme von der Meldepflicht

I. Vorbemerkungen .....	1
II. Ausnahme von der Meldepflicht (S. 1) .....	4
III. Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht (S. 2 und 3) .....	6

## § 8 Inkrafttreten

### Kapitel 6

## Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz – VAG)

### § 52 Verpflichtete Unternehmen

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf EU-Geldwäsche-VO .....	3
III. Verpflichtete Unternehmen .....	4

### § 53 Interne Sicherungsmaßnahmen

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	3
III. Informationsübermittlung (Abs. 1) .....	5
IV. Berichte der internen Revision (Abs. 2) .....	6

### § 54 Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf den Bezugsberechtigten

I. Allgemeines .....	1
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	3
III. Sorgfaltspflichten im Hinblick auf Bezugsberechtigte, wirtschaftlich Berechtigte und sonstige Dritte .....	4
IV. Bußgeldtatbestände .....	8

### § 55 Verstärkte Sorgfaltspflichten

I. Allgemeines .....	1
----------------------	---

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
II. Ausblick auf die EU-Geldwäsche-VO .....	2
III. Verstärkte Sorgfaltspflichten .....	3
IV. Bußgeldvorschriften .....	6

## Kapitel 7

### Verordnung über die Form von und die erforderlichen Angaben in Meldungen an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen nach § 43 Absatz 1 und § 44 des Geldwäschegesetzes (GwG- Meldeverordnung – GwGMeldV)

#### Vorbemerkungen

1. Hintergrund .....	1
2. Entstehungsgeschichte .....	3
3. Erfüllungsaufwände .....	7
4. Bußgeldbewehrung .....	9
5. Fazit .....	10

#### § 1 Anwendungsbereich

##### § 2 Form elektronischer Meldungen

I. Allgemeines .....	1
II. Verwendung von goAML (Abs. 1) .....	2
III. Verwendung von XML-Datensätzen oder Eintragung in die goAML-Datenfelder (Abs. 2) .....	5
IV. Vorgaben zu beigefügten Anlagen (Abs. 3) .....	6
V. Alternative Übermittlungswege bei vorübergehender technischer Störung von goAML (Abs. 4) .....	9

##### § 3 Erforderliche Angaben in Meldungen

I. Vorbemerkungen .....	1
II. Erforderliche Angaben in Meldungen .....	3
1. Aktenzeichen oder ein sonstiges Bezugskennzeichen des Meldenden (Nr. 1) .....	3
2. Aktenzeichen oder sonstiges Bezugskennzeichen des Mel- denden sowie FIU-Aktenzeichen einer vorangegangenen Meldung, zu der ein Zusammenhang nahe liegt (Nr. 2) ....	4
3. Angabe eines oder mehrerer der von der FIU zur Auswahl gestellten Meldegründe (Nr. 3) .....	5
4. Angaben zu bereits erstatteter Strafanzeige (Nr. 4) .....	6
5. Angaben zu behördlichen Auskunftersuchen, die mit dem Sachverhalt der Meldung im Zusammenhang stehen (Nr. 5) .....	8
6. Hinweis auf eine zugleich nach Art. 16 Abs. 1 und 2 der VO (EU) 596/2014 erstattete oder beabsichtigte Meldung (Nr. 6) .....	11
III. Pflicht zur Sachverhaltsdarstellung und stets erforderliche Anga- ben bei Meldungen von Verpflichteten (Abs. 2) .....	15
1. Sachverhaltsdarstellung und Beschreibung der Tatsachen, aus denen sich die Meldepflicht ergibt (S. 1) .....	15

	Rn.
2. Erforderliche Angaben bei Meldungen von Verpflichteten (S. 2) .....	17
a) Vorbemerkung .....	17
b) Daten zu Vertragspartnern und ggf. für diese auftretenden Personen (Nr. 1) .....	18
c) Daten zu wirtschaftlich Berechtigten (Nr. 2) .....	19
d) Informationen zur Geschäftsbeziehung (Nr. 3) .....	21
IV. Pflicht zu weiteren Angaben, soweit vorliegend und zur Darstellung des Sachverhalts erforderlich (Abs. 3) .....	23
V. Vorgaben zu Sachverhalten, die verschiedene Personen oder rechtsfähige Personengesellschaften betreffen (Abs. 4) .....	26
VI. Beifügung von Unterlagen nach § 8 GwG, soweit zur Darstellung des Sachverhalts erforderlich (Abs. 5) .....	28

## § 4 Technische Verfahren zur Überprüfung von Meldungen

### § 5 Inkrafttreten

#### Anlage (zu § 3 Absatz 3)

I. Allgemeine Anmerkungen zur Anlage .....	1
II. Anmerkungen zu den einzelnen Punkten der Anlage .....	2
1. Allgemeine Angaben (A) .....	2
a) Vorbemerkung .....	2
b) Datum des Beginns und der etwaigen Beendigung der Geschäftsbeziehung (Nr. 1) .....	3
c) Angaben zu einem Konto (Nr. 2) .....	4
d) Angaben bei einem Schließfach (Nr. 3) .....	12
e) Angaben zu Vermögensgegenständen iSv § 1 Abs. 7 GwG (Nr. 4) .....	13
f) Angaben bei einer Immobilie iSv § 1 Abs. 7a GwG (Nr. 5) .....	14
2. Zusätzliche Angaben bei Transaktionen iSv § 1 Abs. 5 GwG (B) .....	19
a) Vorbemerkung .....	19
b) Transaktionsnummer(n) bzw. Transaktionsidentifikationsnummer als Transaction-ID (Nr. 1) .....	20
c) Transaktionsverfahren (Nr. 2) .....	21
d) Transaktionsbeteiligte (Nr. 3) .....	22
e) bei Transaktionen mit mehr als zwei Beteiligten: Land des Wohnsitzes oder Sitzes sowie die jeweilige Rolle der Beteiligten (Nr. 4) .....	24
f) Datum der Transaktion (Nr. 5) .....	25
g) Betrag und Währung der Transaktion bzw. Angabe des Kryptowertes und des Wechselkurses (Nr. 6) .....	26
h) Art der Transaktion (Nr. 7) .....	27
i) Art des Vermögenswertes, der Gegenstand der Transaktion ist oder mit ihr im Zusammenhang steht (Nr. 8) ..	28
j) Angaben bei SWIFT-Transaktionen (Nr. 9) .....	29

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
k) Angaben bei Transaktionen mit anderen Kontonum- mernsystemen als SWIFT (Nr. 10) .....	30
l) Herkunfts- und Zielland der Transaktion (Nr. 11) ....	31
3. Zusätzliche Angaben bei Kryptowerten iSv § 1 Abs. 29	
GwG (C) .....	32
a) Vorbemerkung .....	32
b) Name des Anbieters von Kryptowerte-Dienstleistun- gen (Nr. 1) .....	33
c) Inhaber und Bevollmächtigte des betreffenden Krypto- wertekontos (Nr. 2) .....	34
d) weitere Informationen zur Unterscheidung unter- schiedlicher Kryptowertekonten (Nr. 3) .....	35
e) Angaben bei einem Kryptowertetransfer iSv § 1 Abs. 30 GwG (Nr. 4) .....	36
	S.
<b>Sachregister</b> .....	1673